

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Hans Modrow auf Kuba

LN-exklusiv-Interview über Entwicklungen nach der Wahl Raul Castros **Seite 3**

› Draußen vor den Türen

Linke Landtagsfraktion stellt Fragen zum sogenannten Disko-Krieg **Seite 4**

› Bahnstreik und doch kein Ende

Hintergründe neuer Klassenkämpfe, die dennoch so neu nicht sind **Seiten 8/9**

› Nahezu perfektes Schmiersystem

... legt dem Weltsport Fesseln an – manchmal gegen eigene Interessen, wie bei der Stecher-Affäre **Seite 13**

6

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
22. März

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Leipzig auf Buchführung



Andrang und Aufmerksamkeit im Liebknecht-Haus bei Hans Modrows Buchlesung: „In historischer Mission“ (Foto oben)

Alles und jeder liest. Schnappschüsse von der Messe

Fotos: Fiebelkorn



siehe auch Seite 7

Bitte (k)eine Polizei-Stadt!

Da kam auch wirklich alles zusammen: Buchmesse, Fußballderby mit geplantem Fanmarsch, NPD-Demo, Disco-Randale sowie eine Protestkundgebung gegen Rechtsradikalismus. Alles voraussehbar und geplant in Leipzig für das Märzwochenende vor Ostern.

Schon länger deutet sich an, ohne die Polizei geht derzeit kaum noch etwas in dieser Stadt. So ist es auch üblich, dass zu einer Pressekonferenz vor einem drittklassigen Fußballspiel nicht nur die Trainer und der Vereinsvorsitzende Auskunft geben, sondern meist ein wichtiger Mann in Uniform mit am Tisch sitzt und über Sicherheitskonzepte und Fanprojekte redet. Und am Spieltag des 0:0-Resultats kreisen schließlich stundenlang Hub-schrauber über den 9895 Fans. „Polizei und Ordner verhinderten, dass es krachte“, verriet die mdr-Sportreportage. Wird das die künftige Normalität in dieser Stadt sein?

Da skandiert ein Riesenplakat am Neuen Rathaus am gleichen Tag „Leipzig zeigt Courage“. Die angedrohte NPD-Demo wurde zwar im Vorfeld verboten, aber unweit des Neuen Rathauses stehen an jenem Samstagmorgen dicht an dicht Mannschaftswagen ohne Ende. Courage mit Polizeischutz? Die Innenstadt wurde kurzfristig zum allgemeinen Kontrollbereich erklärt. Das bedeutet: Personen und Fahrzeuge können ohne konkreten Verdacht überprüft werden. Dass eine Stadt mit solchen Maßnahmen überfordert ist, bewiesen die angerückten 15 Hundertschaften aus Sachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hoffentlich war dort Ruhe die erste Bürgerpflicht. Begeistert standen die jungen Männer und Frauen in Grün nicht gerade vor ihren Autos am Leipziger Leuschnerplatz. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass sie scharf drauf sind, künftig vor Diskotheken den Sicherheitsmax zu machen. Insider sprechen längst von einer Intimfeindschaft zu privaten Security-Diensten. Die wollen die Polizei, so oft es geht, auch anderswo ersetzen, damit ihre Firmen profitabler arbeiten. Welches (un)soziale Milieu hat sich hier allerorten in den letzten Jahren ausgebreitet? Die Polizei allein ist mit einer Antwort in jedem Fall überfordert.

• JOACHIM MICHAEL

Ostermarsch 2008**Dem Frieden eine Chance
Truppen raus aus
Afghanistan!**

Die Friedensbewegung startet zu den Ostermärschen mit gemeinsamer Petition: **Jetzt online unterzeichnen:**

<http://www.afghanistankampagne.de>

Die Bundesregierung hält trotz anderer Meldungen immer noch an ihrer Argumentation eines „Wiederaufbaus“ in Afghanistan durch Soldaten fest.

Zu den Ostermärschen 2008 wird eine neue Petition der Friedensbewegung an den Bundestag gestartet, mit der die öffentliche Diskussion gefördert und die Abgeordneten zu einer Ablehnung der im Herbst erwarteten neuen Abstimmung über eine Verlängerung der deutschen Kriegsbeteiligung bewegt werden sollen. Die Petition soll den Abgeordneten dann im September, vor der Abstimmung über den weiteren Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, übergeben werden.

Und wenn BILD lieb gewordenen Blödsinn noch so oft wiederholt, es bleibt Blödsinn. Am 17. März wurde Egon Krenz per Riesenletern und gewohnt dreist ein „spätes Eingeständnis“ bezüglich eines Schießbefehls unterstellt. Die Schreiberlinge dort sind intellektuell einfach nicht in der Lage und auch gar nicht gewillt, zwischen einer ganz normalen Schusswaffengebrauchsbestimmung einem Schießbefehl zu unterscheiden. Da hiermit der Pfad der üblichen Dummheiten wieder einmal kriminell weit verlassen wurde, verfasste Egon Krenz eine Gegendarstellung, die er auch LN mitteilte:

Es gab keinen „Schießbefehl“

Die Bildzeitung berichtet am 17. März, sie habe von mir das späte Geständnis gehört, dass es nun doch einen „Schießbefehl“ gegeben haben soll. Ich habe in Hollendorf in Mecklenburg-Vorpommern bei einer Buchlesung nichts anderes gesagt, als in meinen Publikationen nachzulesen ist: Wie überall auf der Welt gab es auch in der DDR Schusswaffengebrauchsbestimmungen, die fast wortgleich mit denen der alten Bundesrepublik waren. Sie entsprachen dem Grenzgesetz der DDR und dem Völkerrecht.

Sie wurden von der UNO nicht beanstandet. Einen DDR-Schießbefehl im Sinne eines Tötungsbefehls hat es nie gegeben.

Egon Krenz

Dierhagen, den 17. März 2008

**Denk ich an Deutschland in
der Nacht ...**

Bundesdeutsches Kriegsgerät schmückt sich wie zum Hohn mit dem Blutmal, unter dem die Deutsche Wehrmacht ihre Verbrechen in die Welt trug. Wie sehr die Bundeswehr Wert auf diese Tradition legt und wie unwert, wie nicht einmal erwähnenswert ihr die Opfer des faschistischen Krieges sind, geht aus ihrer Eigenwerbung hervor (www.bundeswehr.de), in der gefragt und zugleich geantwortet wird:

„Woher stammt das Eisernes Kreuz?“

Das nationale Erkennungszeichen der Bundeswehr wurde am 10. März 1813 durch den damaligen preußischen König Friedrich Wilhelm III. gestiftet. Als Orden wurde es während der Befreiungskriege, im Krieg 1870/71 sowie im Ersten und Zweiten Weltkrieg verliehen. Als Erkennungszeichen an Flugzeugen und Panzern wurde das Eisernes Kreuz – in verschiedenen Varianten – seit dem Ersten Weltkrieg verwendet.“

Und nun noch ein Tapferkeitsorden

Nachdem am 6. März der Bundespräsident dem Antrag von Kriegsminister Jung zur Stiftung eines Tapferkeitsordens für Angehörige der Bundeswehr im Auslandseinsatz zugestimmt hatte, begann in den öffentlichen Medien eine Diskussion, die sich jedoch vorwiegend darum dreht, ob er als „Eisernes Kreuz“ oder in anderer Form verliehen werden soll. Damit wird wohl kalkuliert von der wesentlichen Frage, wofür dieser Orden verliehen werden soll, abgelenkt. Schließlich werden die Auslandseinsätze, für die nur „freiwillig länger dienende Grundwehrdienstleistende“ in Frage kommen, entsprechend honoriert. Sie erhalten zusätzlich 20,45 bis 24,54 Euro für jeden Tag über den Grundwehrdienst hinaus und beim Einsatz in Afghanistan noch einmal 92,03 Euro pro Tag. Dieses Zusatzeinkommen summiert sich auf mehr als 40000 Euro pro Jahr und liegt in der Größenordnung von Vergütungen für gefährvolle Tätigkeiten im zivilen Bereich. Es ist also ein ganz normaler und lukrativer „Job“ für Söldner. Bedenkt man weiter, dass diese Einsätze von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden und nur der Sicherung von Ressourcen und Transportwegen zum Nutzen der Großindustrie dienen, dann sollte wohl, wenn überhaupt, ein solcher Orden vom Vertreter der wirklichen Nutznießer, dem Präsidenten des BDI, Jürgen R.Thumann, gestiftet werden.

Die wahren Helden, die unter Einsatz ihres Lebens die – auch aus Deutschland gelieferten – Minen und Streubomben beseitigen und damit Tausende von Menschen vor Tod und Verstümmelung bewahren, bleiben jedoch weitgehend unbeachtet. Kaum verwunderlich angesichts der Bemühungen der BRD-Delegation auf der am 22. Februar zu Ende gegangenen Konferenz zum Verbot von Streumunition in Wellington (Neuseeland), Ausnahmeregelungen zur Weiterverwendung dieser Waffen durchzusetzen – dieses Geschäft ist zu profitabel.

• HELMUT ULRICH

Seit den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg sucht die Agenda-SPD einen Schuldigen. Im Hintergrund ziehen Müntefering und Struck längst die Strippen und bringen Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidaten für 2009 in Stellung. Der konservative Seeheimer Kreis putscht schon offen. Schließlich muss an der SPD-Basis vorbei die Bahn-Privatisierung bis Mitte 2008 durchgepeitscht werden. Wenn im Herbst erst der Wahlkampf für 2009 beginnt, ist keine Zeit mehr für die Pläne der Dreierbande Mehrdorn, Steinbrück und Tiefensee.

Auf der Pressekonferenz nach seiner Krankheit prophezeigte Kurt Beck, dass ein „gewisser Katz- und Maus-Effekt“ eintrete. Er sieht sich natürlich als Katze. Ein paar Sätze später berichtete er über ein Ergebnis der vorangegangenen Vorstandssitzung, die die Installierung einer SPD-

Arbeitsgruppe zur Bahnreform. Sie tagt erstmalig am 31. März und wird schon am 14. April 2008 eine entscheidungsreife Vorlage liefern. Den

Wenn die Mäuse Katze spielen

Aufwand könnten sich die Mitglieder Steinbrück, Steinmeier, Tiefensee und Heil allerdings sparen, denn Beck als Leiter der Arbeitsgruppe kennt das Ergebnis ihres Wirkens bereits: Es soll „schon koalitionsfreundlich sein“. Was für ein Deal ist da also gelaufen? Hat

sich Beck einen Waffenstillstand mit Peer Steinbrück erkaufte? Bot er ihm seine Unterstützung für die Privatisierung der Bahn nach einem modifizierten Holdingmodell an? Wir werden nicht überrascht sein, wenn die Katze von den Mäusen erledigt wird.

• M.-K. DOBISCH

**Vor 70 Jahren startete Aktion „Heim ins Reich“****Menschen seid wachsam ...**

Vor 70 Jahren, im März 1938, begannen die Nazis außenpolitisch Nägel mit Köpfen zu machen. Am 12. März, einhalb Jahre vor Beginn des zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen, startete die Aktion „Heim ins Reich“ mit dem Einmarsch in Österreich. Ein halbes Jahr später folgte die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Eingliederung der Sudeten-Gebiete ins Deutsche Reich. Alles, was danach kam, ist bekannt, weshalb ich meine, dass Art und Inhalt des Gedenkens an die Ereignisse der Anfänge von europäischer Bedeutung sind. Insbesondere in Österreich gibt es immer noch Zwiespalt in der Betrachtungsweise. War Österreich das erste Opfer nationalsozialistischer Aggression oder war es der erste Komplize auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg? War es Opfer oder Täter? Otto von Habsburg teilte Österreich und der Welt am Vorabend des 12. März, dem 70. Jahrestag des Einmarsches der Deutschen in Österreich, mit: „Es gibt keinen Staat in Europa, der mehr Recht hat, sich als Opfer zu bezeichnen, als es Österreich gewesen ist.“ Zumindest beim offiziellen Österreich löste er Erstaunen, Widerrede

und auch verhaltenen Protest aus. Die 60 000, die am 14. März 1938 Hitler zubegeben, seien nicht mehr gewesen, als ein Fußballländerspiel aus auf die Beine bringt, meinte der verhinderte Thronfolger. Solcher Naivität stehen schon die 80 000 Kerzen entgegen, die dieses Jahr am 12. März für die österreichischen Opfer der Naziherrschaft am Heldenplatz entzündet wurden. Für jedes Opfer eine Kerze. Otto von Habsburg sei immerhin zugute gehalten, dass er am 17. Februar 1938 an den damaligen Kanzler Schuschnigg appelliert hatte, ihm die Regierung in Österreich zu übergeben. Er forderte zugleich, dass „alles geschehen müsse, um eine Befriedung mit der Linken herbeizuführen, die in der letzten Zeit gezeigt habe, daß sie patriotisch und die sicherste Stütze Österreichs sei“. Er kam zu spät und Österreich bestrafte das Leben. Hitler meldete am 14. März großspurig: „... den Eintritt meiner

Heimat in das Deutsche Reich“. Nach Länderspiel und wie „zu Gast bei Freunden“ klang das nicht. Schon am 13. März begannen brutale Judenverfolgungen und Arisierungen. 25 000 österreichische Juden hatten bereits Pässe beantragt. Göring wollte sie in einer ersten Phase sogar aus dem Lande lassen, freilich ohne Geld, weshalb die grausam-eifrigen Österreicher zurückgepfiffen wurden. Der Wiener Kardinal Innitzer rief die Menschen auf, es „...möge allen Anordnungen der Behörden gerne und willig Folge geleistet werden“. Die evangelische und die altkatholische Kirche standen ihm nicht nach. Schauspielerinnen und Schauspieler wie Ewald Balser, Attila Hörbiger oder Paula Wessely, Schriftsteller wie Karl-Heinrich Waggerl, der Generalmusikdirektor Karl Böhm huldigten den neuen Machthabern. Und der Sozialdemokrat Karl Renner, Mitbegründer der ersten, später auch der zweiten Republik, sprach

sich für ein Ja zum Anschluss aus. Statt der für den 13. März geplanten und dann den Tatsachen zum Opfer gefallenen Volksabstimmung für Österreich gab es am 10. April eine solche für Deutschland – 99,7% stimmten mit Ja. Am gleichen Tag schon wurden bürgerliche, sozialdemokratische und kommunistische Politiker ins KZ-Dachau eingeliefert. Sie fanden dort – leider erst dort – zueinander für ein neues Österreich 1945. Opfer oder Täter? Heute wird über die Dinge wenigstens weitgehend offen gesprochen. Zu meiner Schulzeit 1950 bis 1962 in Wien war das nicht der Fall. Kann also sein, ich weiß weniger über 1938 als heutige SchülerInnen und Schüler. Der Schoß jedoch ist fruchtbar noch, aus dem das kroch: Vor zwei Monaten erhielt ich anonyme Post – ein Bild einer Deportation von Juden vom Wiener Südbahnhof und darunter eingeklebt „Ein Platz an der Sonne“. Frau Winter von der Grazer FPÖ will die „Mohammedaner dahin zurücktreiben, wohin sie gehören, nämlich hinter das Mittelmeer.“ Menschen seid wachsam!

• PETER PORSCHE

LN: Sie erlebten Kuba in jenen Tagen als Fidel Castro seinen Tribut an Alter und Krankheit entrichtete. Ist das Fundament, das er und seine Genossen errichteten, stabil genug, um Kubas Entwicklung fortzusetzen? Wie ist die Stimmung nach der Wahl im Lande?

Hans Modrow: Mit Spannung wurde die erste Konstituierende Tagung der Nationalversammlung am 24. Februar 2008 im ganzen Land erwartet.

Natürlich beschäftigte mich dieses Ereignis auch. Am 12. Februar hatte ich ein Treffen mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Ricardo Alarcón. Es ging vor allem um Fragen der Außenpolitik. Wenige Tage vor unserem Treffen waren Delegationen der Linken und der Sozialdemokratischen Fraktionen des Europäischen Parlaments unter Leitung der jeweiligen Vorsitzenden, Francis Wurtz und Martin Schulz in Kuba. Beide Delegationen hinterließen den Eindruck von Aufgeschlossenheit für einen Dialog mit Kuba, wobei die kubanischen Partner bei der Sprecherin der deutschen Gruppe „DIE LINKE“ eine größere Distanz empfanden.

Wenn man auch keine übertriebenen Erwartungen in die USA-Wahlen setzt, so klang die Hoffnung auf eine vorsichtige Verbesserung des Klimas in den Beziehungen doch an. Das Thema der Neuwahl des kubanischen Staatsrates wurde erst nach einer Anfrage meinerseits berührt. Es würde eine Reihe von Veränderungen geben, schließlich seien 42 Prozent neue Mitglieder, aber man achte auch auf Kontinuität. Bei Fragen zur inneren Situation bezog man sich auf die Reflexionen vom „Comandante en Jefe“, Fidel Castro. Deutlicher aber war der Bezug auf Orientierungen, die im Juli und Dezember 2007 von Raul Castro ausgingen.

Am 19. Februar löste sich dann die Spannung. Fidel Castro erklärte in seiner Reflexion des Tages, aus dem Amt zu scheiden und für keine Funktion am 24. Februar zu kandidieren. Meldungen und Kommentare im Fernsehen während unseres Aufenthaltes in Cienfuegos wurden von Yaquelin und Mauricio, unseren Begleitern, am Abend mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Eine besondere Debatte lösten sie weder zwischen uns, noch bei nachfolgenden Gesprächen aus.

Kuba befindet sich im 50. Jahr seiner Revolution, die nicht von außen kam, sondern im Land gewachsen ist. Es spricht zunächst für die Stabilität Kubas, wenn die Revolution alle Angriffe der USA und gegen sie gerichtete Blockaden und Einschränkungen überstanden hat. Die Stabilität Kubas wird bleiben und könnte gefestigt werden, wenn die von Raul Castro entwickelte Gestaltungskonzeption in Angriff genommen wird.

Raul Castro hat die Kubaner aufgerufen, sich u. a. an der Beseitigung von Missständen und Bürokratie mit Vorschlägen zu beteiligen. Ist er der sprichwörtliche neue Besen oder ist die Zeit – nach der Überwindung der schlimmsten vor allem ökonomischen Probleme nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers – reif für Veränderungen?

Zunächst hatte Raul aufgefordert, vor der Neuwahl eines Staatsrates eine wirkliche Volkswahl zu führen. Nach seinen

eigenen Angaben haben sich über 3,6 Millionen Bürger daran beteiligt und etwa 1,2 Millionen Vorschläge und kritische Bemerkungen unterbreitet sowie viele Erwartungen ausgesprochen.

Raul hat sie nach einer ersten Analyse aufgegriffen, die staatlichen Organe aufgefordert im Maß der Möglichkeiten Veränderungen einzuleiten und alle Bürger gebeten, selbst aktiv dabei mitzuwirken. Er bat auch um Verständnis, wenn noch nicht alles so schnell und so anspruchsvoll wie erwartet, erfüllt werden kann.

Gewiss, Raul ist nicht Fidel, vielleicht zum

den Generationswechsel noch nicht so ganz erfüllt worden. Raul Castro erinnert in seiner Rede am 24. Februar an einen Ausspruch des ersten Außenministers Kubas nach der Revolution, der sagte: „Fidel hört das Gras wachsen und sieht, was hinter der Ecke geschieht“. Diesen Eindruck hatte ich auch am 28. Februar, als sich der Genosse Fidel zur Wahl des Staatsrates äußerte. Noch am späten Nachmittag des 24. Februars meinte mein alter Freund Otto, der seit dreißig Jahren in Havanna lebt, dass sich die Freude über die Wahl des 1. Stellvertreters des Präsidenten, Machado

Politische Solidarität ist gefordert



Havanna hat ein Capitol nach Washingtoner Vorbild – möge es bei der Äußerlichkeit bleiben. Foto: Wart

LN im Gespräch mit
HANS MODROW
nach seiner jüngsten Kuba-Reise

Gluck auch nicht. Jeder der beiden Brüder hat seinen großen Verdienst um die kubanische Revolution. Mit viel Charisma und Emotionen ist Fidel immer aufgetreten, wie ich es auch selbst erleben konnte. Jetzt ist in Kuba eine ungeheure sachliche Arbeit zu leisten und wer ein wenig über die bisherige Tätigkeit Rauls weiß, darf davon ausgehen, dass er nicht den berühmten neuen Besen schwingt, sondern in höchstem Maße Grundsatzarbeit leisten wird.

Der Zerfall des sozialistischen Lagers in Europa hat Kuba ohne Zweifel gewaltig getroffen. Das Land steht erst jetzt kurz davor, das Produktionsniveau von 1989/1990 wieder zu erreichen. Doch gab es eine Erbschaft, die ein Überstehen unterstützt hat. Die Transportfahrzeuge auf den Straßen sind immer noch die LKW vom Typ IFA, KAMAS, ROMAN und Traktoren aus Minsk. Hohe Achtung für die gute dreißigjährige Pflege; aber nun müssen sie bald ersetzt werden. Vor allem für den Transport der Touristen wurde gemeinsam mit der VR China ein Weg gefunden. Für einen günstigen Kredit wurden über 1000 Busse eingeführt. Und wo auch immer man unterwegs ist, die gutaussehenden „Chinesen“ sind ebenfalls auf der Straße.

Wie stark – wie vor allem den revolutionären Traditionen verpflichtet – ist die zweite nachgewachsene Reihe? Es gibt da ja allerhand „Hoffnungen“ in den USA und auch bei uns im Land? Vielleicht sind bestimmte Erwartungen an

Ventura Reube, bei vielen seiner Mitbürger sehr in Grenzen hält. Nun meldet sich Fidel und wirbt um Verständnis für den Freund „Mochadito“, mit dem er von Beginn an in der Revolution gemeinsam gekämpft habe. Im Staatsrat finden sich bis in die Spitze drei Generationen. Carlos Lage, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ist 56 Jahre und der Außenminister, Philippe Perez, ist gerade erst 42 Jahre alt. Die Hoffnungen in den USA sind sehr enttäuscht worden. Die lange erwartete „Nach-Castro-Zeit“, bezogen auf Fidel, ist schon angebrochen und die „neue Castro-Zeit“ mit Raul wird einen guten Rat von Fidel nicht ausschlagen und den eigenen konstruktiven Weg bei Beachtung gemachter Fehler und neuer Herausforderungen gehen.

Bei uns im Land sind die Hoffnungen natürlich sehr unterschiedlich. Konservative Politikerinnen und Politiker zeigen sich bisher enttäuscht, denn Kuba setzt mit Raul den Prozess der Revolution fort. Unter linken Kräften bleibt, wie es scheint, noch immer Bedarf an Diskussionen. Entscheidend dabei ist, dass auch eigene Positionen überprüft werden. „Cuba Si“ ist dort mehr als eine Spende „Milch für Kubas Kinder“, auch wenn diese bedeutsam und human ist. Eine politische Solidarität ist gefordert, die sich nicht hinter allen möglichen Argumenten versteckt und halbherzig ist. Wenn es um die revolutionären Traditionen geht, sollten nicht nur die kubanischen betrachtet, sondern die eigenen bedacht und eingebracht werden.

Wie gehen die Kubaner mit ihren ja nicht immer leichten Lebensverhältnissen um, was für persönliche Eindrücke haben Sie?

Die schon erwähnte Volkswahl ist ein besonderer Ausdruck dafür. Die Skala der Probleme, die bewegen, ist nicht gering. Raul hat einige davon schon aufgegriffen. Zwei seien hier hervorgehoben. Das Verhältnis von Preisen, Löhnen und großen staatlichen Subventionierungen, sowie die doppelte Währung mit unterschiedlicher Kaufkraft. Das politische Problem ist erkannt, die wirtschaftliche und finanzielle Seite erfordert weitere Analysen, Geduld und größte Kraftanstrengungen. Da die Probleme auf höchster Ebene angesprochen sind, werden die Erwartungen wachsen und Partei und Staat in ebenso wachsender Verantwortung stehen.

In Latein-, vor allem in Mittelamerika entwickeln sich nicht zuletzt dank – eines international verteilten – Chavez neue Bündnisse ... aber, man wagt gar nicht an Chile zu denken. Wieviel Hoffnung ist berechtigt?

Der Blick auf Lateinamerika wird immer mit Sozialismus im 21. Jahrhundert verbunden. Nicht zuletzt trägt Hugo Chavez dazu bei. Er hat dieses Ziel zum Grundsatz seiner Politik erhoben und strebt nach der Bildung einer Partei in Venezuela, die Trägerin einer solchen Politik sein könnte. Die inneren konservativen Kräfte setzen solchen Bestrebungen ihren Widerstand entgegen und die USA manövriert mit ihren Streitkräften vor der Küste. Die Zeit, da solche Manöver alles bestimmten, scheint aber vorbei. In Lateinamerika scheint eine neue Ära zu beginnen, die Solidarität trägt einen neuen Charakter.

Im Hafen von Cienfuegos, in Kuba, löschen Schiffe aus Venezuela Erdöl und decken 50 Prozent des Bedarfs von Kuba. Über 15 000 Ärzte und Schwestern aus Kuba tragen im Gegenzug zu einer stabilen ärztlichen Betreuung in Venezuela bei.

Jedes Land in Lateinamerika erfordert eine eigene Betrachtung, obwohl verschiedene Gruppen nicht zu übersehen sind. Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Uruguay haben fortschrittliche Regierungen, die solidarische Kontakte pflegen. Argentinien, Brasilien, Chile sind nicht mehr der „Hinterhof“ der USA.

Herbert Berger und Leo Gabriel legen ein neues Buch vor. Schon der Titel sagt etwas aus „Lateinamerika im Aufbruch – Soziale Bewegungen machen Politik“. In der Einleitung heißt es dann: „Es soll aufgezeigt werden, dass es sich bei der Trendwende in Lateinamerika keineswegs um eine kurzfristige Konjunktur handelt, sondern um die Folge eines tief sitzenden Wandels im politischen Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheiten – um einen Paradigmenwechsel also, der sich in den meisten Ländern Lateinamerikas bereits seit fünfzig Jahren abgezeichnet hat.“

Mir scheint, genau darum geht es und die Linke in Europa wäre gut beraten, diesen Prozess zu sehen, damit solidarisch zu sein – was gerade auch für Kuba gilt –, und bereit zu sein, daraus auch eigene Lehren zu ziehen. Wenn die Europäische Linke eine Zukunft haben will – dann wird sie sich der Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert stellen müssen.

Das Gespräch führte
• MAXI WARTELSTEINER



Draußen vor den Türen

Linksfraktion im Sächsischen Landtag stellt Fragen zum sogenannten „Disko-Krieg“



Vor den Türen der Diskothek „Schauhaus“ eskalierte die Situation. Bis zu 150 Personen waren beteiligt. Ein 28-jähriger Mann wurde erschossen sowie eine weitere Person lebensgefährlich verletzt. Die Geschehnisse fanden vermutlich mit dem Brandanschlag auf die Sporthalle in der Konradstraße am 11.3. ihre Fortsetzung.

Fotos: Eiltzer

Die Ereignisse in Leipzig, die auch bundesweit medial reflektiert wurden und erhebliche Besorgnisse um ein sich entwickelndes Bandenunwesen auslösen, müssen laut Linksfraktion allen Mitgliedern des Landtages Veranlassung sein, sich über die Vorgänge genauestens ins Bild zu setzen. Dabei gilt auch zu prüfen, inwiefern die durch die Staatsregierung getroffenen und zu verantwortenden Entscheidungen für die organisierte Kriminalitäts-Bekämpfung zweckmäßig waren bzw. für die Zukunft sind. Bis zum 30. Juni sollen die Abgeordneten, laut Fraktionsantrag unter anderem durch die Staatsregierung informiert werden:

- Über die strukturellen Zusammenhänge und aktuellen Entwicklungen der seit über einem Jahr andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen organisiert handelnden kriminellen Banden und Sicherheitsfirmen in der Stadt Leipzig.

- Seit wann das Sächsische Staatsmi-

nisterium des Innern durch eigene Ermittlungen oder Informationen seitens der Polizeidirektion Leipzig Kenntnis von der Entwicklung dieser offenkundig der organisierten Kriminalität zuzurechnenden Bandenstrukturen hatte.

- Welche Tatsachen in zurückliegenden Jahren seit der Eskalation zwischen besagten kriminellen Banden zum einen, durch deren Handlungen betroffenen Unternehmen bzw. für sie arbeitenden Sicherheitsfirmen zum anderen durch das Landeskriminalamt oder die Polizeidirektion Leipzig festgestellt worden sind

- Welche Ermittlungsmaßnahmen sowie sonstigen polizeilichen und prozessualen Mittel zur Aufdeckung und Verfolgung sowie zur Deeskalation und präventiven Gegenwirkung zur Anwendung kamen.

Außerdem wird die Staatsregierung beauftragt, dem Landtag eine Einschätzung vorzulegen, inwieweit es

sich bewährt hat, die Verantwortung für kriminalpolizeiliche Ermittlungen einschließlich operativer Maßnahmen weg von den örtlichen und regionalen Dienststellen der Polizei unter Leitung der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft in die Zuständigkeit und weitreichende Alleinentscheidungskompetenz des Landeskriminalamtes Sachsen zu verlagern. Die bedauerlichen Ereignisse lassen sich nicht, wie aus Kreisen der Landespolizeiführung versucht, auf irgendein Versagen von regionalen und örtlichen Polizeikräften oder Bereichen der Verwaltung zurückführen. Nach Auffassung der Linksfraktion ist auch die Zweckmäßigkeit der inzwischen herbeigeführten Zentralisierung der Verantwortung für die Aufklärung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität beim Landeskriminalamt Sachsen unter gleichzeitiger „Schwächung“ der Kompetenzen und operativen Entscheidungsmöglichkeiten der „Flächendienststellen“ zu klären.

• MIZO

Keine einfache Problematik

Am 12. März traf sich der Fachausschuss Umwelt/Ordnung der Stadt Leipzig zu einer Sonder Sitzung, um aus erster Hand Informationen zu den Krawallen einzuholen. Zu Gast waren der stellvertretende Polizeipräsident, Kriminaldirektor Ulrich Bormann, Bürgermeister Heiko Rosenthal, Branddirektor Karl-Heinz Schneider und der Amtsleiter des Ordnungsamtes, Helmut Loris.

LN befragte den Stadtrat der Linksfraktion und Ausschussvorsitzenden **REINER ENGELMANN**:

• **Waren diese Ereignisse durch gezielte Ermittlungen der Polizei vorzuzusehen?**

In den Sicherheitsgremien der Stadt (Kriminalpräventiver Rat, Sicherheitskonferenz) gab es keinerlei Anforderungen im Vorhinein sowie entsprechende Hinweise und Hilfersuchen.

• **Die Polizei war von der Härte und Brutalität überrascht?**

Es gab eine „Überforderungssituation“. Der Einsatz traf die Mitarbeiter völlig unvorbereitet und sie wurden schutzlos in die Auseinandersetzungen geschickt. Der Einsatz des SEK wurde aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen zu keinem Zeitpunkt in Betracht gezogen.

• **Gegen wen wird zur Zeit ermittelt?**

Eine 40-köpfige Sonderkommission wurde gegründet. Sie geht dem Verdacht nach, dass die Straftaten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität stehen.

• **Auf welchem Tisch liegt nun diese wahrlich nicht einfache Problematik?**

Die Polizei sieht sich in diesem Fall voll in der Verantwortung. Sie muss gegen Kriminelle die Sicherheit der Bürger gewährleisten. Sie kann auch nicht erkennen, dass dies in der Verantwortung der Stadt Leipzig liege.

• **Was liegt in der Verantwortung des Ordnungsbürgermeisters?**

Die Stadtverwaltung hat ohne Zutun oder Anregung des Freistaates bzw. der Polizei die Kontrollen der Diskotheken und der dazugehörigen Sicherheitsdienste verstärkt. Dabei konnten bisher keine Unregelmäßigkeiten festgestellt werden, die Hinweise auf eine Verstrickung der Sicherheitsdienste in eine „Bandenkriminalität“ ergaben.

• **Wo sehen Sie Versäumnisse?**

Unter dem Ruf „haltet den Dieb“ vertuscht der CDU-Innenminister Buttolo sein persönliches Versagen bzw. das der ihm unterstellten Strukturen. Es wurde ganz offenkundig versäumt, die bereits seit langem vorhandenen Ermittlungsergebnisse im Bereich organisierte Kriminalität auszuwerten und präventiv zu nutzen. Es ist zu bedauern, dass nunmehr die Leipziger Bürgerschaft und die hiesige Polizei die Leidtragenden für dieses Versagen sind.

„Unser uneingeschränktes Beileid und Mitgefühl gilt den trauernden Angehörigen und Freunden des durch die Hand von Kriminellen unschuldig ums Lebens gekommenen Leipziger Bürgers Andrey K. Wir versprechen der Familie, dass wir alle politischen Möglichkeiten nutzen, damit die Schuldigen gefasst werden.“

Dr. Volker Külow, Vorsitzender DIE LINKE, Stadtverband Leipzig

Angemerkt:

Keine Ethnisierung des „Tür-Steher“-Kraches

Die Tatsache, dass in den Leipziger „Türsteher“-Streit Nicht-Deutsche involviert sind, darf keinesfalls auf einen rassistischen Pfad führen. Offensichtlich kann der Streit nicht auf die Pole „deutsche Security-Dienste“ einerseits und „Ausländer“ andererseits reduziert werden. Darauf verweist das Spektrum derer, die die Polizei in der betreffenden Nacht angegriffen haben.

Politik und Behörden stehen in der Verantwortung: Organisierte kriminelle Netzwerke und deren Verstrickungen gehören kompromisslos ins Visier. Das friedliche und angstfreie Zusammenleben in dieser Stadt wie auch die Unversehrtheit der Polizeibeamten haben oberste Priorität.

JULIANE NAGEL, LEIPZIG

Aufschwung oder Abschwung Nüchterne Zahlen zur aktuellen Konjunkturanalyse

Seit 1993 befragen die sächsischen Wirtschaftskammern die Stimmung zum Jahreswechsel. Dieses Jahr beteiligten sich 1818 Unternehmen. Dahinter stehen mehr als 90000 Beschäftigte aus Industrie, Bauwirtschaft, Dienstleistungen, Handel und Verkehr.

Zu einigen Ergebnissen: Die Wirtschaft im Kammerbezirk Leipzig setzte im vergangenen Jahr ihr Wachstumstempo fort – getragen von Industrie und Dienstleistungen. So beurteilten 39 Prozent der Unternehmen ihre Lage mit „Gut“ und 16 Prozent mit „Schlecht“. Beiden Positionen sind vier Prozent negativer als der sächsische Durchschnitt. Ein weiterer Zahlenvergleich: Obwohl der Gesamtumsatz um 19,2 Prozent stieg, erhöhte sich die Industriebeschäftigung nur um 1,2 Prozent. Dahinter steht eine Zahl von 33 878

Beschäftigten.

Die konsumabhängigen Branchen wie Einzelhandel und Gastronomie mussten wegen weiterer Kaufzurückhaltung starke Einbußen hinnehmen. Der Handel mit Kraftfahrzeugen brach um 10 Prozent ein und beeinflusste stark die Insolvenzanträge. Verschlechtert hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 weiterhin die Situation im Baugewerbe. Der Gesamtumsatz fiel hier um 2,5 Prozent, die Zahl der Beschäftigten um 1,7 Prozent. Auch das ist weitaus mehr als der Sachsen durchschnitt. Die Industrie- und Handelskammer lehnt die Forderung nach Mindestlöhnen ab. Von 575 befragten Betrieben äußerten sich zwei Drittel dagegen. 41 Prozent befürchten wegen des weltweiten Preiskampfes negative Auswirkungen.

• JOACHIM SPITZNER



Ein guter Anfang

einwärts an der gleichen Straße gibt. Die Straßenraumverbreiterung als Maßnahme gegen den Straßenlärm könnte gleichzeitig die westliche straßenbegleitende Gründerzeitbebauung stabilisieren. Die Stadtverwaltung hat diesen Vorschlag bereits aufgegriffen und die Pläne für die Beschlussfassung im Stadtrat geändert. Einigkeit herrscht bereits zwischen den Stadträten und beratenden

stückseigentum verbleibenden Grünflächen nicht eingezäunt werden sollen. Die bisher vorgesehene Verschiebung eines einzelnen Gründerzeithauses ist fragwürdig und finanziell nicht gerechtfertigt. Ein herausragender Wert als Einzelbau- oder im Flächendenkmal, der einen solchen Aufwand rechtfertigen würde, ist nicht erkennbar. Stattdessen sollte dieses Geld zur Sanierung eines wichtigen stadt- bildprägenden innerstädtischen Gründerzeitgebäudes eingesetzt werden.

Noch problematischer wäre eine ebenfalls im Vorfeld diskutierte veränderte Verkehrsführung durch andere Stadtgebiete, sie hätte größere Eingriffe in Naturräume zur Folge. Doch es gilt nicht nur, die Prager Straße zu verbreitern und ungezügelter Bauen großflächiger Einzelhandelsläden außerhalb des Stadtteilzentrums zu verhindern. Es müssen unbedingt die Quartiere am Dorfanger vertieft geplant und der Charakter eines Denkmalschutzenssembles stärker beachtet werden, wie dies die Stadtbezirksbeiratsmitglieder Pfeiffer und Prof. Schwendler zurecht anmahnen. Dass dabei einzelne Investoren nicht bevorzugt werden, sollte selbstverständlich sein.

Die genannten Anforderungen im weiteren Planungsverfahren umzusetzen, dürfte unproblematisch sein.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Bisher gibt es in Leipzig keine klaren Konzepte, wie den zunehmenden Gebäudeleerständen entlang inner- und randstädtischer Hauptstraßen mit ihrer unvermeidbar hohen Verkehrsbelastung begegnet werden kann – was auch bedeutet, die Gebäude vor Verfall zu retten. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für Gebäudeeigentümer, sondern ebenso für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Im Bebauungsplan „Dorfanger Probsteida“ – der am 19. März (Nach Redaktionsschluss von LN) zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung des Stadtrates steht – wird nicht nur die künftige Bebauung des alten weitestgehend erhaltenen und das Stadtquartier prägenden Dorfkerns von Probsteida verbindlich geregelt werden. Er umfasst auch den Bereich der Prager Straße zwischen Nieritzstraße stadteinwärts bis zu den Etzoldschen Sandgruben. Dieser Abschnitt der Prager Straße besitzt auf der Westseite eine fast vollständig erhaltene gründerzeitliche Randbebauung, während auf der Ostseite vorwiegend vorgründerzeitliche Einzelgebäude standen, die bis auf ein erhaltenswertes Gebäude in den zurückliegenden Jahrzehnten abgerissen wurden. Deshalb gibt es einem Änderungsantrag, der hier, den baufreien Raum nutzend, mo-

Bebauungsplan „Dorfanger Probsteida“ an der Prager Straße Modell für Neugestaltung verkehrsbelasteter Leipziger Hauptverkehrsstraßen

dellhaft eine stadtstrukturelle Lösung entstehen lassen will. Sie könnte sogar Beispiel für andere Leipziger Hauptstraßen sein. Konkret heißt das beispielsweise, die (auf der Ostseite) im Bebauungsplan eingetragene und beim Neubau von Gebäuden zwingend einzuhaltende Baulinie in das Grundstück hinein zu verschieben. In gleicher Weise müsste dann die Baugrenze innerhalb des Grundstücks nach hinten verschoben werden. So könnte an der Straße ein zusätzlicher Grünstreifen entstehen – statt der bisher vorgesehenen, unmittelbar an den Fußweg angrenzenden Blockrandbebauung – als „Lärmschutzwand“ für Mieter „zweiter Klasse“.

Möglich wäre zudem auch eine bandartige Stadtviellenstruktur mit Vorgärten, wie es sie bereits weiter stadt-

Experten im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau sowie dem Baudezernat, dass die entstehenden, im Grund-



Prager Straße in Leipzig-Probsteida.
Dorfanger Probsteida (Foto oben)

Foto: G. Märker



Foto: Eiltzer

Nicht nur Blumen zum Frauentag

„Frauenporträts in Bildern und Interviews“ – diese neue Ausstellung wurde am Vorabend des 8. März in der *Frauenkultur Leipzig* eröffnet. Zu entdecken in der Windscheidstr. 51. Es werden Lebensentwürfe von Frauen der unterschiedlichsten Jahrgänge in Interviews und Fotografien dargestellt. Porträtiert wurden insgesamt 14 Leipzigerinnen im Alter von 22 bis 77 Jahren. Mit dem speziellen Fotoblick aufgenommen von Gaby Waldeck und Christian Eisler.

Die unterschiedlichen Lebenswege reflektieren Fragen und Träume sowie Hoffnungen und Realität. Als Betrachter sind hier gern auch Männer willkommen. Eine interessante und vielseitige Ausstellung, die als erster Schritt zur Herausgabe eines Buches über „Leipziger Frauen“ gedacht ist. Mitstreiterinnen sind beim „FrauenRatschlag“ herzlich willkommen und zum Mittun natürlich eingeladen.

• P. R.

„DIE BUNTEN“ – Berührend einfach ...

Zu einem musikalisch-literarischen Abend luden Peter R. Völker und „DIE BUNTEN“ am 13. März ins Leipziger Bürgerbüro von Cornelia Falken ein. Das Publikum erwartete keine gestelzten und gestylten Texte, sondern Befindlichkeiten von tragischer, trauriger sowie liebenswerter Lebensart. Geschichte und unaufdringlich in das Programm eingebaut sehr private Erlebnisse aus der Biographie des Vortragenden, ausgespart wurde dabei jegliche Schlüssellochperspektive. Die eigenen Texte und Reime erhielten die nötige Ergänzung durch ein sächsisches Urgestein wie Lene Voigt oder Berliner Einblicke in Heinrich Zilles „Milljöh“. Nicht alles gelang und klang schon perfekt beim gesanglichen Improvisieren. Musikalische Ergänzungen in den Wortpausen boten Ted Carrut und seine Gitarre.

• M. Z.

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen fordert

Altersteilzeit neu regeln

LN. Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen fordert für die 235 000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie eine Nachfolgeregelung zur tariflichen Altersteilzeit. Laut Oliver Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen sei dies Bedingung, damit künftig auch Ältere vorzeitig zu akzeptablen Bedingungen aus dem Arbeitsleben ausscheiden können und Jüngere eine berufliche Perspektive erhalten.

Die Rentengesetzgebung der Bundesregierung der letzten Jahre hat zu einer massiven Verschlechterung des Rentenzugangs und des Rentenniveaus geführt. Der Widerstand der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen gegen die Rente mit 67 werde laut Höbel daher nicht

nachlassen. Die Gewerkschaft wolle gegen diese politische Fehlentscheidung bei der anstehenden Bundestagswahl 2009 in den Betrieben mobilisieren. Gleichzeitig zwingt die verabschiedete Regelung zur Erhöhung des Renteneintrittsalters und das Auslaufen der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit die IG Metall zum konkreten tarifpolitischen Handeln. In Eckpunkten hat sie deshalb beschlossen, die Ausstiegsperspektiven und Planungssicherheit für die Beschäftigten zu verbessern sowie die Chancen von Jugendlichen auf Ausbildung und Übernahme abzusichern. Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen strebt eine Einigung der Tarifparteien noch vor der Sommerpause an.

IG BAU Nordwest-Sachsen warnt Unternehmen in Leipzig vor Schwarzarbeit:

Sozialabgaben noch in 30 Jahren nachzuzahlen

LN. Schwarzarbeit kann für Unternehmen zum teuren Bumerang werden: Auch Firmenchefs in Leipzig, die Schwarzarbeiter beschäftigen, müssen damit rechnen, Sozialabgaben nachzuzahlen – selbst wenn der Betrug erst bis zu 30 Jahre später auffliegt. Mit dieser jüngsten Entscheidung Dortmund Sozialrichter werde Schwarzarbeit für Betriebe endlich zu einem unkalkulierbaren Risiko“, sagt Detlef Zeiß, der Vorsitzende der IG BAU Nordwest-Sachsen. Es sei „unverantwortlich, Arbeitnehmer illegal, ohne soziales Netz schufden zu lassen – ohne Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Schwarzarbeit ist kein Kavaliärsdelikt.“ Gerade in der Baubranche, in der Gebäudereinigung und im Garten- und Landschaftsbau gingen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des

Zolls immer wieder Unternehmen ins Netz, die Arbeiter ohne Sozialversicherung beschäftigen. Die Richter des Dortmunder Sozialgerichts entschieden, dass es sich bei Schwarzarbeit immer um Vorsatz handle. Ein Versehen oder eine Nachlässigkeit könne nicht unterstellt werden. Deshalb verjähre die Tat auch nicht – wie sonst üblich – nach vier, sondern erst nach dreißig Jahren. Geklagt hatte eine Spedition, der Ermittler bei einem Steuerverfahren Schwarzarbeit nachgewiesen hatten. Die Rentenversicherung forderte daraufhin die nicht gezahlten Sozialversicherungsbeiträge nach – plus Säumniszuschläge. Die Spedition berief sich auf Verjährung. Das schmetterten die Richter ab (Az.: S 34 R 50/06).

fl

Eine Frage an den sozialpolitischen Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag, Dietmar Pellman

Der Bundestag verabschiedete ein Pflege-Weiterentwicklungsgesetz. Was heißt das für Sachsen?

Seit Jahren gibt es einen Problemstau bei der gesetzlichen Pflegeversicherung, der allerdings durch das jetzt vom Bundestag verabschiedete Gesetz nicht aufgelöst wird. Es führt auf absehbare Zeit nicht zu einer finanziellen Stabilisierung, es klebt bestenfalls ein löchriges Pflaster auf eine klaffende Wunde. Das Schlimme dabei: Statt die Betroffenen als handelndes Subjekt anzuerkennen, bleibt es vom Grundsatz her bei der völlig veralteten Position vom Pflegenden als einem Objekt vorbestimmter Einwirkung. Ebenfalls nicht erreicht wurde die Einbeziehung der privaten Pflegeversicherung in ein gesamtes solidarischeres System, zu dessen Finanzierung alle beitragen. Die Beitragssteigerung ab 1. Juli um 0,25 Prozent trifft Rentner besonders hart, weil sie von dem gleichzeitig abgesenkten Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ja nichts haben. Die Staatsregierung muss gerade auf dem Gebiet der Pflege ihre bisherige Wartestellung verlassen und endlich handeln.

Immerhin ist Sachsen das Bundesland mit der schon heute ältesten Bevölkerung, so dass wachsende Anforderungen an die Altenpflege hier früher und massiver auftreten.

Im Einzelnen bedeutet das, endlich ein neues Landespflegegesetz sowie eine solide Bedarfsplanung vorzulegen und nicht weiterhin davon auszugehen, dass dies allein von den Kommunen geleistet werden könnte. Darüber hinaus sollten die wenigen Gestaltungsmöglichkeiten, die das neue Bundesgesetz bietet, konsequent genutzt werden. Ich meine damit vor allem die häufigere und flächendeckende Kontrolle der Leistungsanbieter in der Pflege. Im Unterschied zur jüngst geäußerten Haltung der CDU-Fraktion, die die vom Bund geförderten Pflegestützpunkte rundweg ablehnt, können solche Einrichtungen nach meiner Auffassung durchaus sinnvoll sein, wenn sie zur neutralen und kompetenten Anlauf- und Beratungsstelle für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden.

LN. SPD-Bundesarbeitsminister Scholz und der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Braukispeie feiern Rentenerhöhung von 1,1 Prozent. Doch diese Begeisterung findet wenig Echo bei den Betroffenen. So erklärt der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft ASG Sachsen – DIE LINKE., Maximilian Meurer: „Wir halten die beschlossene Rentenerhöhung von 1,1 Prozent für einen sozialpolitischen Skandal und fordern ultimativ eine Kehrtwende in der Ren-

Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit (ASG)

tenpolitik. Bei einer Teuerungsratesrate von 2,8 Prozent und dem Hintergrund weiterer angekündigter Preiserhöhungen (so will der MDV Fahrpreise um 4,5 Prozent anheben), verschärft sich insbesondere die materielle Lage der Rentner und Rentnerinnen in Ostdeutschland.“ Es grenze schon fast an Hohn, wenn Scholz die Minierhöhung der Rente mit den Worten kommentiert: „Auch

Kein Platz für junge Linke?

LN. Wie von den Jungen Linken Sachsen zu erfahren ist, wurde in Mügeln (nahe Oschatz) schon Ende Januar der alternative Jugendclub „Free Time Inn“ geschlossen, und das sogar noch früher als angekündigt. Mit dem Aus des einzigen Freiraums für nichtrechte Jugendliche stelle sich die Frage, ob die Stadt Mügeln nach Geschehnissen aus der Vergangenheit einfach nichts lernen will.

Bezeichnenderweise habe Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) bei einem letzten Treffen zwischen Vereinsmitgliedern im Rathaus erklärt, dass auch rechte Jugendliche das „Free Time Inn“ nutzen sollen. Sachsens junge Linke wüssten nun gerne, ob die Jungnazis dann auch an den Bildungsfahrten nach Auschwitz teilnehmen sollen, die der Verein Workshops gegen Rechtsextremismus anbietet?

Es sei ohnehin in vielen sächsischen Klein- und Großstädten nicht einfach, für Jugendliche, die sich klar gegen Rechts aussprechen, alternative Freiräume zu schaffen. Und dort, wo diese ohne kommunale Unterstützung dennoch entstanden sind, sollten sie wenigstens aufrechterhalten und gefördert werden. Doch zur Zeit passiere es genau anders herum.

Rentenbetrug

die Rentner sollten vom Aufschwung profitieren“. Die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit ruft zugleich in Erinnerung, dass die Bundestagsabgeordneten von SPD, Grünen und CDU/CSU ihre letzte Diätenerhöhung um acht Prozent mit den steigenden Lebenshaltungskosten im letzten Jahr begründet haben.

6. März

Dresden: Der sächsische Landtag hat den Bund aufgefordert, für eine dauerhafte, verlässliche und ausreichende Finanzierung der Sorbenstiftung zu sorgen. Kulturministerin Stange rief zudem die Stiftung auf, ein Konzept für die Verwendung der Gelder vorzulegen, Hintergrund ist ein fehlendes Finanzierungsabkommen, das die Zuschüsse von Sachsen und Brandenburg sowie des Bundes regelt. Das alte war 2007 ausgelaufen.

7. März

Dresden: Der frühere NPD-Landtagsabgeordnete Menzel soll für neun Monate ins Gefängnis. Das Amtsgericht verurteilte ihn wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Menzel hatte im Dezember 2006 versucht, eine Pistole durch einen Vertrauten in den Landtag zu schmuggeln.

8. März

Leipzig: Bei einer brutalen Auseinandersetzung zwischen Diskobesuchern und einem Security-Dienst ist in der Nacht in Leipzigs Innenstadt ein Mann erschossen und ein weiterer mit Messerstichen schwer

SACHSEN-CHRONIK

(6. März bis 14. März)

verletzt worden. Bei dem Toten handelt es sich um einen 28-jährigen Russlanddeutschen, der beim Rauchen vor der Diskothek zufällig in die gewalttätigen Streitigkeiten geraten war. Eine Männergruppe, die später in der Innenstadt randalierte, hatte die Disko gestürmt. Bei mehreren Clubs wurden Fenster eingeworfen. Der Sachschaden wird auf 50 000 Euro geschätzt.

9. März

Leipzig: Umweltminister Wöllner will nicht weiter dulden, dass Sachsen bedingungslos Müll aus Italien aufnimmt. Anlass ist ein Antrag, der eine Lieferung von 100 000 Tonnen italienischer Abfälle vorsieht (mehr als zwei Drittel der Menge sind schon angeliefert!). Wöllner forderte eine Vorabdokumentation, was mit dem Müll in Sachsen passieren soll. Auf keinen Fall

dürften neue Zwischenlager aufgemacht werden. Allein in Neapel hatten sich im Januar 110 000 Tonnen Müll auf Straßen angesammelt.

10. März

Leipzig: Beim Bau des Leipziger City-Tunnels ist eine wichtige Etappe geschafft: In der Nacht zum Montag durchstieß der Riesenbohrer die Wand zur künftigen Station am Hauptbahnhof. Damit ist die erste der beiden Tunnelröhren im Rohbau fertig. Nach Pflingsten soll die zweite Röhre in Angriff genommen werden.

11. März

Oybin: Das Zittauer Gebirge ist zum 100. Naturpark Deutschlands gekürt worden. Wie der Verband Deutscher Naturparke mitteilte, ist die Region ideal für Tiere wie Uhu und Alpenspitzmaus und

hat eine reichhaltige Fauna und Flora. Das Mittelgebirge liegt im Dreiländereck zu Polen und Tschechien.

12. März

Dresden: Die Gegner der Dresdner Waldschlößchenbrücke haben die ersten 40 000 Unterschriften für einen neuen Bürgerentscheid an die Stadt übergeben. Die Initiative will erreichen, dass statt der Brücke ein Tunnel gebaut wird, um den Welterbetitel für das Elbtal zu erhalten.

13. März

Eilenburg: Zwei junge Männer überfielen das Parteibüro der Linken. Sie versuchten, einen Mitarbeiter zu schlagen. In der Vergangenheit hatte es in Sachsen bereits mehrfach ähnliche Angriffe auf Büros der Linken gegeben.

14. März

Meißen: Die Porzellan-Manufaktur ist mit dem 19. Kulturpreis Europas ausgezeichnet worden. Mit dem Preis wird die Bedeutung des Unternehmens für die Entwicklung der Tischkultur und des Kunsthandwerks gewürdigt. Die Manufaktur stellt seit 1710 das „weiße Gold“ her.

Was bringt Leute dazu, bereits eine Stunde vor Beginn einer Buchvorstellung Einlass zu begehren, und über Stunden das Gespräch und den politischen und historischen Gedankenaustausch zu suchen? Alle, die zwischen 18 und 80 Jahren am zweiten Märzwochenende die vielen Treppen ins Dachgeschoss des Liebknechtshauses bewältigten, suchten Antworten und Anregungen, die ihnen die meisten Medien und Nachrichten offenbar schuldig bleiben. LN hatte drei Zeitzeugen eingeladen mit ihren neuesten Editionen über deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte.

Unbekannte Fälle und Fakten aus der Spionageabwehr der DDR hat Herbert Kierstein in seinem Buch *Heiße Schlachten im Kalten Krieg* recherchiert. Er setzt sich auf gut 250 Seiten damit auseinander, dass es im Hinblick auf die DDR nur „die Wahrheit der vermeintlichen Sieger und die Lüge der vermeintlich Besiegten“ gäbe. Kierstein hat dabei besonders die Leser im Blick, die um 1980 geboren sind und „die deutsche Zweistaatlichkeit als vage Kindheitserinnerung erlebten.“ Während der interessanten Diskussion zwischen den Generationen – der Diplomjurist ist Jahrgang 1938 – wurde auch die Frage angeschnitten: „Was passiert mit



Unterm Dach

Geheimdiensten, wie dem BND, wenn ihnen die alten Gegner abhandeln kommen?“ Kiersteins Antwort: „Um nicht zu degenerieren müssen sie sich neue Feinde suchen.“

Mit kurzzeitigen Unterbrechungen gehörte Hans Reichelt, Jahrgang 1925, über 30 Jahre in unterschiedlichster Verantwortung der DDR-Regierung an. Bereits mit 28 wurde das Mitglied der DBD Minister und kann sich heute den Titel als „längstgedienter Minister der Welt“ – auf den er so gar keinen Wert legt – ans Revers heften. Sein Buch: *Die deutschen Kriegsheimkehrer* beschäftigt sich mit der Frage, was die DDR für sie getan habe. Seit Jahrzehnten hält

sich die Legende, Adenauer habe die deutschen Soldaten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgeholt. Bis heute wird dieses Thema zur Glorifizierung der alten Bundesrepublik fehlgedeutet. Als das ZDF beispielsweise im Jahr 2003 für eine Dokumentarserie vorgab, nun die „Wahrheit“ herauszufinden, kam es auch zu einer zweistündigen Studioaufzeichnung mit Hans Reichelt, der als jüngster Minister neben Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl 1953 in Moskau zu diesen Fragen erfolgreich verhandelt hatte. Seine vom ZDF-Team aufzeichneten umfangreichen Erinnerungen fanden nicht mal minutenkurz Eingang in die mehrteilige Serie. So



bleibt derzeit nur die Möglichkeit, diese hochbrillanten und erstmalig veröffentlichten Tatsachen diesem spannenden und sehr persönlich geschriebenen Geschichtsbuch zu entnehmen. Man bedauerte in der Diskussion, dass es erst jetzt erschienen ist. Unwiderlegbare Tatsachen, die derzeit auch in den überregionalen Zeitungen kaum beachtet werden, denn sie gehen mit der vielzitierten Adenauer-Legende hart ins Gericht.

Die Luft war zum Schneiden, und man hätte eine Stecknadel zu Boden fallen hören, als Hans Modrow in der dritten LN-Lesung sein Buch *In historischer Mission* vorstellte. Bereits umfangreich in LN 2/08 besprochen, erwartete gerade an diesem Sonntag morgen viele Zuhörer Antworten auf sie bewegende Fragen. Einige formulierten dabei auch ihre Vermutung, dass seine Meinung und politische Erfahrung im Ausland offenbar gefragter sei, als in der gegenwärtigen aktuellen Politik der LINKEN.

Modrows Credo: Man solle Sachverhalte und Personen emotionslos und ohne Vorbehalte beurteilen, denn „wer sich ideologisch vernagelt, macht sich selber blind.“

• MICHAEL ZOCK

Abb.: Herbert Kierstein, Hans Reichelt und Hans Modrow.

Fotos: Fiebelkorn

„Die Schlacht ist noch nicht entschieden“ ...

... Davon ist Jutta Ditifurth, frühere Bundesvorsitzende der Grünen überzeugt. Sie war am 15. März von Albrecht von Lucke, Autor des Sachbuches „68 oder neues Biedermeier“, zu einer Podiumsdiskussion in die Universitätsbibliothek Leipzig eingeladen worden. 50 Interessenten kamen, um vor allem ihre Auffassungen über die historische Bewertung der sogenannten 68er zu erfahren. Um übertriebene Hoffnungen zu vermeiden, die Verfasserin der Bücher *Ulrike Meinhof – Die Biografie* (siehe auch LN 5'08) und *Ulrike und Rudi* (erscheint Anfang April) meinte nicht vor-



Jutta Ditifurth, frühere Bundesvorsitzende der Grünen, am 15. März mit Albrecht von Lucke, Autor des Sachbuches „68 oder neues Biedermeier“, auf dem Podium

Foto: Bols

dergründig das „letzte Gefecht“, sondern die Auseinandersetzung um die Köpfe der Menschen.

Sie bezeichnete das Jahr 1989 als qualitativ bedeutenden historischen Einschnitt und führte im

weiteren aus, dass die BRD bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Systemwettkampfes gezwungen war, ein die Interessen der einfachen Menschen berücksichtigendes Sozialsystem zu entwickeln. Nach der Niederlage des Sozialismus werde nun so getan, als hätte der Kapitalismus für ewig gesiegt. Bei der damit einhergehenden gigantischen Umbewertung der Geschichte des geteilten Deutschland werde alles neu definiert, darunter auch die Bewegung der 68er.

Die Protagonisten der außerparlamentarischen Opposition würden als Antidemokraten denunziert und der Slogan der Herrschenden laute: Jede Rebellion ist ein Ver-

brechen. Den Menschen soll der Gedanke ausgetrieben werden, dass es zum bestehenden System Alternativen gibt. Diese Auseinandersetzung um die Köpfe sei im vollen Gang. Um sie voranzutreiben, so Ditifurth, ist vor allem eine Kapital- und staatsunabhängige Opposition notwendig, wie sie z. B. Teile der 68er Bewegung verkörperten. Für sie steht fest: Die Linke wird in diesem Kampf keinen Erfolg haben, wenn sie sich in das parlamentarische System des bürgerlichen Staates einbinden und auf diese Weise disziplinieren lässt. Die Lehren aus der Revolte der 68er seien deshalb heute aktueller als je zuvor. • MANFRED BOLS

Nicht nur Bücher haben ihre Schicksale, auch so manches Manuskript. Von solch einem Manuskript-Schicksal war in der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei einer Buchpremiere zu hören. Da hatte der Leipziger Literaturwissenschaftler Walfried Hartinger (1938-2003) in seinen letzten Lebensjahren an einer Studie über die Wahrnehmung der DDR-Schriftsteller Heiner Müller und Christa Wolf in der Presse links und rechts der Elbe gearbeitet – und keiner hat das richtig mitbekommen. Nicht einmal die Familie wusste davon. „obwohl doch bei uns persönliches und fachliches nie getrennt wurde“, so Christel Hartinger. Ihr Mann schwieg zu Hause, so meinte sie, weil der Projektleiter an seiner Arbeit offensichtlich kein Interesse hatte. Bearbeitet wurde das Thema an seiner letzten Wirkungsstätte, dem Fachbereich für Medi-

Manuskript verloren – Text gerettet

en- und Kommunikationswissenschaft an der Halleschen Universität. Es ist einem Studenten dieser Einrichtung zu danken, dass die Ausarbeitung erhalten blieb. Er brannte das im Fachbereich angefertigte Schreibmaschinenmanuskript – Walfried Hartinger benutzte auch im Computerzeitalter einen Bleistift zum Schreiben seiner Texte – auf einer CD. So blieb der Text glücklicher Weise erhalten, während das Manuskript verloren ging.

„Er konnte den Text zur Gänze vollenden; den Herausgebern blieb die Prüfung und Vervollständigung des wissenschaft-

lichen Apparats“, heißt es im Vorwort der Herausgeber Christel Hartinger und Roland Opitz. Was hier so lakonisch mitgeteilt wird, war für beide tatsächlich ein hartes Stück editorischer Arbeit. Es galt nicht nur fast 700 Quellen in 400 Zeitungen und Zeitschriften zu überprüfen, sondern auch das Typoskript – der Autor konnte es selbst nicht mehr korrigieren – vor voller Abschreibefehler, die die Herausgeber oft vor Rätsel stellten. Dass die Mühen der Bearbeitung sich gelohnt haben, davon kann sich der Leser nunmehr selbst überzeugen. Walfried Hartingers *Wechselseitige Wahrnehmung. Heiner*

Müller und Christa Wolf in der deutschen Kritik – in Ost und West ist über weite Strecken eine wahrlich spannende Lektüre nicht nur für den Fachwissenschaftler, sondern auch für den literarisch interessierten Laien. Dass das Buch zudem dazu verleiten kann, die behandelten Werke der beiden Autoren selbst wieder einmal in die Hand zu nehmen, ist ein Nebeneffekt, dem man sich nicht verschließen sollte.

• EDMUND SCHULZ

Walfried Hartinger: *Wechselseitige Wahrnehmung. Heiner Müller und Christa Wolf in der deutschen Kritik – in Ost und West. Hrsg. von Christel Hartinger und Roland Opitz. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008. 286 S., Br., 14 Euro (Mitglieder 9,50 Euro).*

Als wir vor einem dreiviertel Jahr in Leipzigs Neue über den Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn berichteten, war noch alles offen. Klar war aber, dass es sich um eine sehr harte Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital handelt. Diese Auseinandersetzung hat zur Parität, zur Solidarität herausgefordert. Und da wir nicht zu denen gehören, die Geschichte von oben schreiben, sondern von unten, konnten wir unmöglich bei der Frage der „Standesorganisation“ oder des „Denkmals“, das sich Herr Schell setzen will, stehen bleiben. Nein, wir haben den Blick auf die Kollegen gerichtet – und auf die Bedingungen, unter denen die Eisenbahner ihre Kämpfe zu führen hatten. Die „Einheitsgewerkschaft“ konnte dabei für uns kein Tabuthema sein. Auf die Politik des Börsenganges, die dem

Sie wurde durch den Abschluss der Tarifgemeinschaft von Transnet und der Verkehrsgewerkschaft GDBA vom 9. Juli 2007, der die Lohnrate zugunsten der Profitrate drückt und auf Mehrarbeit nicht verzichtet, als Opposition unter den Bahngewerkschaften herausgefordert. Es ging den Kollegen in der GDL um den Reallohn, die bezahlte Verkürzung der Arbeitszeit und die Eigenständigkeit ihrer Gewerkschaft. Die Vorstände der Gewerkschaften anderer Branchen sahen sich deshalb unter dem Druck ihrer Mitglieder gezwungen, mindestens achtprozentige Lohnforderungen aufzustellen. „Man kann sich wehren!“ – das ist ein entscheidendes Ergebnis des Kampfes der GDL im Denken Millionen Lohnabhängiger. Diese Haltung ist die Voraussetzung für künftige erfolgreiche Lohnkämpfe. Die Kollegen haben ihren Mann gestanden. Jetzt aber sind sie damit konfrontiert,

Lokführer und die Zugbegleiter abgewählt werden. An der Person Norbert Hansen entzündete sich der Zorn der Eisenbahner konkret. Als Vorsitzender der Transnet und Vizechef des Aufsichtsrates gilt er als Hauptstütze Mehdoms bei der Bahnprivatisierung. Ein Beispiel? Der gesamte Aufsichtsrat der DB AG sprach sich am 15. November 2007 für eine Privatisierung nach dem Holdingmodell aus. Und in seinem Brief an Mehdom vom 15. Januar 2008, der zeigt, dass in Transnet die Luft brennt, spricht er erneut davon, die „bewährte Sozialpartnerschaft auch in Zukunft“ zu „sichern“. Dieser Weg ist gewiss kein Weg des Widerstandes „gegen einseitige, profitorientierte Bahnpolitik“. Nicht nur aus diesem Grund gilt es unter den Kollegen des Fahrpersonals als prinzipiell unvereinbar, gleichzeitig Vorsitzender einer Gewerkschaft zu sein und sich der Konspiration des Aufsichtsrates zu unterwerfen.

Streiks ist letztlich keine andere. Er ist eine Konsequenz des Börsenwahns. In diesem Profitkrieg wurde der Personalbestand der Deutschen Bahn halbiert auf heute 230 000 Mitarbeiter, davon 19 500 Lokführer und 12 000 Zugbegleiter. Rund zwei Drittel des Personalabbaus trug Ostdeutschland. Es wurde auf Lohn, Urlaub, Freizeit verzichtet – damit die Bahn schwarze Zahlen schreiben könne und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Und wie bei allen Privatisierungen gilt auch hier: Die Privatindustrie mäht sich an den Staatsbetrieben.

Terroristen

Genau in die Auseinandersetzung um die Privatisierung, für die Transnet und GDBA dem Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) den Segen erteilten, platzte der Streik der GDL. Mehdom drohte, es dürfe nicht sein, dass „eine kleine Berufsgruppe ganz Deutsch-

GDL-Kollegen haben ihren Mann gestanden

Konflikt beigelegt – Klassenkampf bleibt

Von Jim Knopf und Genossen

Tarifkonflikt vorangegangen ist, trifft das erst recht zu. Wir hatten auch nie die Illusion, dass der Tarifkonflikt im Bahnkonzern mit der Verkündung der Tiefenseehrens Eckpunkte des „Lokomotivführertarifvertrages“ erledigt sei. Und dennoch zeichneten sich die wichtigsten Lehren schon im Januar 2008 ab. Diese Lehren treten nun noch deutlicher hervor. Deshalb wollen wir, ohne das letzte Wort zu sprechen, erneut zu den Ursachen und Folgen des Eisenbahnerstreiks Stellung nehmen.

Was wurde erreicht?

Soweit es um den Tarifvertrag der GDL geht, ist diese Frage gar nicht so leicht zu beantworten. Denn die zweite Urabstimmung der GDL steht noch aus. Aber wir wissen, dass jeder, der unter den Tarifvertrag fällt, rückwirkend ab 1. März 2008 eine Entgelterhöhung von mindestens 7 Prozent, höchstens 15 Prozent sowie weitere Verbesserungen bekommen soll. Die Situation hatte sich zuletzt noch dramatisch zugespitzt. Die Signale standen auf „Streik“. Die GDL sollte daran gehindert werden, Einfluss auf alle Lokführer zu bekommen. Langfristig sollte sie vernichtet werden, indem der Geltungsbereich ihres Tarifvertrages immer weiter eingeschränkt wird und sie nicht in der Lage ist, die Konkurrenz der Lokführer untereinander aufzuheben bzw. Dumpinglöhne zu verhindern. Fein ausgedacht hatten sich das Hartmut Mehdom und Norbert Hansen (Transnet-Chef). Hartmut Mehdom spricht von der „schwersten Tarifaueinandersetzung in der Geschichte der Bahn“. Warum wohl?

Schluss mit dem Verzicht

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer hat in ihrem zehnmontatigen, ungewöhnlich harten Kampf wesentlich dazu beigetragen, die Verzichtshaltung großer Teile der Lohnabhängigen aufzubrechen.

dass die erreichten Ergebnisse von der ursprünglichen Zielstellung teilweise erheblich abweichen. Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen von sehr grundsätzlicher Bedeutung haben begonnen. Aber niemand sollte übersehen: Der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG hat eine Niederlage nicht nur für die Bahn, sondern auch für den „Standort Deutschland“ – somit für das Kapital – eingestanden. Immerhin sah er sich als Vorposten für die Verteidigung großkapitalistischer Interessen, noch dazu in einem Unternehmen mit Weltherstellungsgelüsten.

Privatisierung

Der Streik der in der GDL organisierten Eisenbahner war eine Folge der Bahnprivatisierung. Sie hat die „Eisenbahnerfamilie“ zersetzt, die Konkurrenz zog ein. Die Ursache des Streiks existiert völlig unabhängig von der GDL. Ihr blieb gar keine andere Wahl, als zu streiken. Der Fortschritt im Kampf dieser kleinsten und ältesten Bahngewerkschaft (der Verband der Eisenbahner Deutschlands, der überregional alle Berufe erfasste, wurde erst 29 Jahre später gegründet) ging von den Mitgliedern aus, die gerade in Ostdeutschland besonders gut organisiert sind. Es war den Kollegen klar: Gewerkschaften sind eine Art „Kriegsschule“, streikfähige Organe im Kampf zur Sicherung der Lebenshaltung der Lohnabhängigen (95,8 Prozent stimmten in der Urabstimmung am 26. August 2007 für einen unbefristeten Streik). Tarife sind zeitweilige Waffenstillstandsabkommen. Genau dies ließ sich mit Transnet/GDBA nicht realisieren, die ihre „einzige Chance in der Gestaltung des Reformprozesses“, in der Sicherung des Profits sehen. Sie verwandelten die Gewerkschaften in eine Gesellschaft von Gesundbetern.

Die ganze Last des Konkurrenzdrucks der Privatisierung sollte spätestens seit November 2002 (Regio-Tarifvertrag) in besonders widerlicher Form vor allem auf die

Was für sie bedeutet, sich dem Diktat des Konzerns unterzuordnen. Die Gehalts-Herabstufung der Lokführer, die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Fahrpersonals, die auf einen gewollten Verschleiß des Personals hinausläuft, die Tendenz, die gesamte Lebenszeit als dem Konzern gehörig zu betrachten, die Verminderung der Einkünfte der Eisenbahner in zehn Jahren um mindestens 9,5 Prozent bei gleichzeitiger Gewinnmaximierung (Verdreifachung von 2005 bis 2007) und über jegliches Vorstellungsvermögen hinausgehende Erhöhung der Bezüge des achtköpfigen Vorstandes der DB AG (um 255 Prozent seit 2001, um 77 Prozent im Jahr 2006, um gut 50 Prozent jährlich für Mehdom) – dies alles gab es 1922 schon einmal. Auch bei der „Stinnisierung“ – das

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer hat in ihrem zehnmontatigen, ungewöhnlich harten Kampf wesentlich dazu beigetragen, die Verzichtshaltung großer Teile der Lohnabhängigen aufzubrechen.

geflügelte Wort für die Privatisierungspläne des vom Großindustriellen Hugo Stinnes vertretenen deutschen Kapitals – der Eisenbahn mussten die Eisenbahner für die Defizite der Bahn bluten. Man staunt sogar, wie sich die Bilder gleichen. Der damalige Reichstagsabgeordnete der KPD Paul Frölich (übrigens ein Leipziger) hat diese Situation in seiner Streitschrift: „Das Verbrechen an den Eisenbahner. Der Februar-Streik und seine Lehren“ eindringlich beschrieben. Der Streik von 1922, der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verraten wurde, war der unmittelbaren Not der Eisenbahner entsprungen. Die Ursache des heutigen

Kernpunkt des Tarifpakets zwischen Bahnkonzern und Bahngewerkschaften ist die gegenseitige Anerkennung der Tarifverträge.

Die GDL hat sich allerdings verpflichtet, bis 2014 nicht auf andere Berufsgruppen als die Lokomotivführer – zu denen in erster Linie die Strecken-, aber auch Lehr- und Ausbildungslokomotivführer gehören – zuzugehen. Sie verhandelt nicht für die Lokrangierführer.

land terrorisiert“. Unterstützung erhielt er vom Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Jürgen Thumann, von Tiefensee, seinem Parteivorsitzenden Kurt Beck und von der Bundeskanzlerin Angela Merkel – vom kapitalistischen Tarifkartell überhaupt. Hansen und GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel sowie, aber auch die Vorsitzenden vom DGB Michael Sommer, vom Deutschen Beamtenbund Peter Heesen, von der IG-Metall Berthold Huber und von ver.di Frank Bsirske bliesen in das gleiche Horn. Das Feindbild „Lokführer“ stand. Die Tarifeinheit wurde beschworen – sie sei ein „Standortvorteil“, denn schließlich hat sie die Profitrate hoch und die Lohnrate niedrig gehalten. Es war schon fast wie 1922, als das allgemeine Stichwort lautete: „Das Verbrechen der Eisenbahner“.

Das Streikrecht stört die Privatisierung. Ihr eisenbahnerfeindlicher Charakter offenbart sich in den Auswirkungen: Die Fahrpreise werden erhöht, die Löhne werden herabgesetzt, die Ausbeutung der Arbeitskraft wird gesteigert, die überflüssigen Eisenbahner fliegen auf die Straße. Der Bahnkonzern ist daher sehr daran interessiert, die Eisenbahner um ihr Streikrecht zu prellen. Das widerspricht dem Grundgesetz. Es gewährleistet das Koalitionsrecht „für jedermann und für alle Berufe“. Wenn deshalb das Streikrecht schon nicht abzuschaffen war, so sollte es doch wenigstens weiter eingeschränkt werden. Kluge Richter gaben diesem Ansinnen letztlich nicht nach, selbst die bürgerlichen Medien tendierten eher zur Unterstützung der GDL, ohne ihren kapitalistischen Charakter zu verheimlichen (auf die große Anzeige „Schell stoppen Sie diesen Wahnsinn“ haben sie nicht verzichtet).

Auch die öffentliche Meinung ist eine Macht. Diese Macht stand auf der Seite der Eisenbahner. Und wer als Richter gegen die Macht der öffentlichen Meinung das Gesetz gebrochen hätte, der hätte sehr

wahrscheinlich einen ersten politischen Konflikt verursacht. Alle Register wurden gegen die GDL gezogen: Prozesshalselei, millionenschwere Schadenersatzforderungen, eine von Transnet initiierte Unterschriftenammlung gegen die Urabstimmung der GDL, Verbannen der Eisenbahner in die Friedenspflicht durch schriftliche Erklärungen über die Annahme des Tarifabschlusses von Transnet/GDBA, der Wahnsinn mit 1000 neuen schnell besohlenen Lokführern, die man nunmehr zur „Zwangsarbeit“ verurteilen will, Maßregelungen, Suspendierungen, Entlassungen, Verleumdungen, Beschimpfungen, Falschmeldungen, Hetze. Mit der Frage nach der „Verhältnismäßigkeit“ des Streiks, im Zuge des Wehklagens der großen Konzerne über ihre Profitverluste, wurde die „Zwangsschlichtung“ beschworen – fehlte nur noch die „Notverordnung“. Und so war klar: Was heute die GDL betrifft, betrifft morgen vielleicht die Gewerkschaftslinken und übermorgen alle Lohnabhängigen. Sind die Eisenbahner geschlagen, triumphiert das gesamte Kapital.

Solidarität

Die Solidarität der Lohnabhängigen mit den streikenden Eisenbahnern war groß. Es gelang dem Kapital nicht, die Front aufzubrechen. Mit jeder neuen Gemeinheit steigerte sich die Zustimmung zu den Forderungen der GDL. Für die Gewerkschaftsführungen allerdings galt, was schon im Aufruf der KPD vom 5. Februar 1922 stand: „Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die nach dem Willen der Arbeiter berufen sind, die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu vertreten, sind (...) diesem ungeheuren gewerkschaftlichen Kampfe in den Rücken gefallen.“ Sie waren auch 2007 nicht bereit, angesichts des zeitweiligen Streikverbots durch deutsche Gerichte, ernsthaft und massenhaft gegen diesen Bruch des Grundgesetzes zu mobilisieren. (1922 gab wenigstens der Deutsche Beamtenbund den Streikenden Rückendeckung.) Auch die GDL hat beim Streikrecht nur abgewartet.

Es ist die soziale Misere in unserem Land, die bewirkte, dass sich die Mehrzahl der Lohnabhängigen in den Forderungen der Lokführer wiedererkannte. Fast täglich gab es Solidaritätserklärungen. Gliederungen der DGB-Gewerkschaften führten gemeinsame Veranstaltungen mit der GDL durch. Die Streikenden im Einzelhandel tauschten sich über die gemeinsame Lage mit kämpfenden Eisenbahnern aus. Kundgebungen wurden durchgeführt. Die Kampfkraft der GDL, ihr Durchhaltevermögen im Streik war untrennbar mit der Sympathie der Masse der Lohnabhängigen verbunden. Sehr aufmerksam hat die GDL-Führung deren Entwicklung verfolgt, ohne jedoch in der Lage gewesen zu sein, sie auch politisch umzumünzen. Der Grund: mangelndes Klassenbewusstsein. Andererseits war der Unmut der Masse der Lohnabhängigen über den anhaltenden Verzicht in allen Fragen der Lebenshaltung nicht so groß, nicht so organisiert, dass daraus solidarische Aktionen für die Streikenden hätten entspringen können. Denn die hätten gegen die eigene Gewerkschaftsführung, die das Anspruchsdenken immer wieder zurückgedrängt hat, stattfinden müssen. Das erkannte Sommer, als er vor den „britischen Verhältnissen“ warnte, die hier nur bedeuten, dass die Gewerkschaftsmitglieder stärkeren Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik bekommen könnten.

Der Kampf der streikenden Eisenbahner passte nicht in die Politik des DGB. Sein bürokratischer Apparat ist aufgebläht. Die Vorbereitung zum Streik beschäftigt ihn nicht unmittelbar. Man kann auch nicht

gleichzeitig die Interessen des Unternehmens und die Interessen der Arbeiter vertreten. Aus den formalen Einwänden des DGB gegen den Streik der GDL sprach immer wieder die Auffassung Mehrdorns: „ein Streik ist die schlechteste Form der Auseinandersetzung in einem Unternehmen“. Auch der Dualismus, die GDL-Forderungen zu bejahen, aber die Klassen-solidarität zu verneinen, läuft auf die Kritik am Mittel des Streiks hinaus. Das Hauptgewicht revolutionärer Gewerkschaftstätigkeit wird nicht mehr auf den Kampfcharakter der gewerkschaftlichen Einrichtungen gelegt, damit nicht mehr auf die klassenkämpferische, sondern auf die arbeitsgemeinschaftliche Haltung gegenüber dem Tarifvertragswesen.

Die Frage steht: Welchen Sinn machen kleine Gewerkschaften? Die Stärke der GDL ist die verbandspolitische Schwäche des DGB, der mehr oder weniger nur ein

Die Ursache des Kampfes, die Privatisierung als entscheidende Frage für die Eisenbahner, wurde nicht zum Ziel des Angriffs selbst gemacht. Die Führung der GDL erklärte stets, kein Privatisierungsgegner prinzipieller Art zu sein.

Rahmen ist – ohne klassenbewussten gewerkschaftlichen Inhalt, ohne wirkliche Kollektivaktion (die DGB-Gewerkschaften könnten zu „Solidaritätsstreiks“ aufrufen). In jedem Betrieb, in jeder Industrie nur ein Verband, das ist eine wichtige Frage bei der Umwandlung von Berufs- in Industrieverbände. Wenn man aber so tut, als würde diese Frage gar nicht mehr existieren, dann schießt man ganz bewusst zum Schaden der Lohnabhängigen, insbesondere der Arbeiter, an der Wirklichkeit vorbei.

Es bleibt die entscheidende Frage in der Gewerkschaftsarbeit: Wie kommen wir zu politischen Kämpfen? In den Streiktagen haben nicht wenige Eisenbahner die Erfahrung gemacht: Die eigenen Interessen offensiv zu vertreten, hat „den Leuten wirklich eine Befreiung gebracht“. Ein Ruck sei durch die Belegschaft gegangen: „jetzt können wir Flagg zeigen!“. Man sollte meinen, die GDL-Führung wäre darüber glücklich gewesen. Nichts da: Dort sprach man von „Anarchisten“, „Radikalen“ und „Alleingängern“. Die S-Bahnführer aus Berlin können ein Lied davon singen. Ja, man war nicht einmal erfreut, als eine Solidaritätserklärung für die streikenden Eisenbahner in Frankreich angeregt werden sollte. Gut, gut – aber nicht im Namen der GDL.

Mehr Klassenbewusstsein

Die GDL trat als die organisierte Defensive der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits an. Je rücksichtsloser sie dabei vorgeht, desto größer wurde der Zulauf in ihren Reihen. Je rücksichtsloser der Profit reagierte, desto größer wurde ihre Geschlossenheit. Aber von Anfang an gab es zwei Probleme: Die Ursache des Kampfes, die Privatisierung als entscheidende Frage für die Eisenbahner, wurde nicht zum Ziel des Angriffs selbst gemacht. Die Führung der GDL erklärte stets, kein Privatisierungsgegner prinzipieller Art zu sein. Auf die Frage: „Sind Sie prinzipiell gegen den Börsengang?“, erklärte der GDL-Vorsitzende Manfred Schell: „Ich bin nicht prinzipiell gegen den Börsengang, solange die Infrastruktur beim Bund bleibt. Ich halte die Bahn zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht für

börsenfähig“ (www.süddeutsche.de, 5.11.2007).

Das zweite Problem: Das Fahrpersonal, bestehend aus Lokführern, Zugbegleitern und Bordgastronomen, wurde organisiert. Gemeinsam wurden die äußerst widrigen Arbeits- und Lebensbedingungen in die Forderungen eines Fahrpersonaltarifvertrages gegossen. Aber schon vor der Schlichtung der CDU-Moderatoren Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf war bekannt, dass die GDL gegebenenfalls auch mit einem „Lokführertarifvertrag“ zufrieden wäre. Allerdings wurde auf die GDL wiederholt mit Gesetzeskraft Druck ausgeübt, um das Zugbegleitpersonal nicht mit einzubeziehen. Wenn aber mit Gesetzen gegen Gewerkschaften vorgegangen wird, müssen Gewerkschafter eine politische Antwort finden. Nur, die GDL-Führung hatte auch eigene Ziele, die die Gefahr in sich bargen, dass sie die Gewerkschaftsmitglieder benutzt, um ihre Eigenständigkeit zu erreichen und ihre Daseinsberechtigung zu sichern. Dazu ist es dann auch gekommen. Diese Inkonsistenzen holten die GDL immer wieder ein. Zugbegleitpersonal und Bordgastronomen blieben draußen – das war die Bedingung! Der Fahrpersonaltarifvertrag blieb eine Idee! Die Rede war nur noch vom „Lokführertarifvertrag“. Es ging um eine Kraftprobe, die nur zu bestehen gewesen wäre, wenn klassenbewusste Gewerkschafter an der Spitze der GDL gestanden hätten und die Solidarität der anderen Gewerkschaften nicht ausgeblieben wäre; dieses Hindernis war entscheidend. „Gefechtpausen“, die dem Bahnvorstand zwischen den sich verschärfenden Streiks gewährt wurden, gingen zu Lasten der GDL-Führung. Ihre ständige Kompromissbereitschaft, ihr Zögern und nachgiebiges Taktieren haben dazu geführt, dass die entscheidende Aktivität der kämpfenden Eisenbahner, nämlich der unbefristete Streik, zu dem sie fest entschlossen waren, ständig zurückgehalten wurde. Während gleichzei-

Die ständige Kompromissbereitschaft der GDL-Führung, ihr Zögern und nachgiebiges Taktieren haben dazu geführt, dass die entscheidende Aktivität der kämpfenden Eisenbahner, nämlich der unbefristete Streik, zu dem sie fest entschlossen waren, ständig zurückgehalten wurde.

tig der Bahnvorstand zu immer schärferen Angriffen überging, die die Stimmung der Kollegen auf den Siedepunkt brachten. Die GDL, die kein Organ der außerparlamentarischen Macht der Arbeiterklasse sein wollte, hat den wirtschaftlichen, nicht den politischen Charakter ihres Kampfes in den Mittelpunkt gestellt. Der Staat und die Regierung taten das Gegenteil. Der endgültige Beweis ist erbracht durch Tiefensees „Zwangsschlichtung“ in den Diensträumen seines Ministeriums. Der Staat musste um seiner selbst willen eingreifen – und den unbefristeten Streik durch Druck auf Mehrdorn (Tiefensee/Schell bestreiten das) unterbinden. Die Regierung musste unter allen Umständen vermeiden, dass sich der Kampf der Lokführer mit den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst verbindet. Schließlich, der Widerstand gegen die Politik der großen Koalition nimmt zu. Wird der Verkehr für längere Zeit stillgelegt, dann hören die Staatsfunktionen auf. Der Streik richtet sich so gegen den Staat. Die Bekämpfung der Privatisierung als Streikziel hätte dies sofort ver-

deutlicht. Ein Ziel, das in der Luft lag, denn der Streik der GDL behinderte seine Verwirklichung gewaltig. Deshalb vor allem nennt Hansen wohl den Streik der Lokführer und Zugbegleiter, den „überflüssigsten Streik in der Bahngeschichte Deutschlands“. Er disqualifiziert sich damit selbst, aber das ist ja seine besondere Stärke.

Neuer Ausgangspunkt

Die Eisenbahner haben mit dem Streik der GDL einen neuen Ausgangspunkt für eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit gewonnen. Die Wirkungen werden langfristig sein. Getrieben wurde die Tarifgemeinschaft bei ihren Verhandlungen zur neuen Entgeltstruktur. Getrieben wurde der Konzern zur Beschleunigung dieser Verhandlungen. Und allein durch die Drohung, Arbeitsplätze abzubauen, wird deutlich, dass es um die Kollektivaktion geht, darum, dass alle Bahngewerkschaften eine Gewerkschaftspolitik anstreben, die sich gemeinsam gegen die Spaltung der Belegschaft durch den Bahnkonzern richtet. Damit dies kein frommer Wunsch bleibt, gilt es, alle klassenbewussten Kollegen in einem linken Gewerkschaftsflügel zu sammeln, der mit einer klaren Stellungnahme vor die Gewerkschaftsöffentlichkeit tritt. Dramatische Wendungen sind auch jetzt nicht ausgeschlossen. Denn es ging um einen Existenzkampf der GDL, der von Basis und Führung mit völlig unterschiedlichen Zielen geführt wurde.

Es liegt selbstverständlich nicht einfach nur am Unwillen des GDL-Vorstandes, dass sich im Endeffekt weniger bewegt hat, als ursprünglich in Aussicht gestellt. Auch dieser Vorstand kann aus seiner „sozialpartnerschaftlichen Haut“ nicht heraus. In seinen Händen hat sich der eigenständige Tarifvertrag verselbstständigt und erfüllt nicht den Zweck, den die Kollegen mit diesem Ziel verfolgten. Für sie war der „eigenständige Tarifvertrag“ ein Mittel, um erste materielle und kulturelle Interessen zu befriedigen. Für die GDL-Führung ist er ein Mittel, sich an der Futterkrippe des Konzerns einzufinden. So war es auch unmöglich, Ziele zu formulieren, die aus der Enge des „Standes“ herausführen und die Solidarität der anderen Gewerkschaften regelrecht herausfordern. Es bedarf eben eines ganz anderen gewerkschaftlichen Kampfes, der politisch ergänzt und unterstützt wird. Denn auch in der kleinen GDL (die allerdings durch Übertritte selbst aus eisenbahnfremden Branchen nach wie vor wächst) hat der kürzere Draht zum Vorstand, hat die Kampfbereitschaft der Mitglieder die Politik der Führung am Ende nicht bestimmt. Manfred Schell erklärte bereits gegenüber dem Deutschlandfunk: „Eine ganz normale Tarifrunde steht im kommenden Jahr an, und da sehe ich auch nicht, dass da irgendetwas zu befürchten ist ... Wir haben kein Interesse, mit einem Tohuwabo in die nächste Runde zu gehen.“ Die Kollegen aber nehmen an, dass diese Runde nur der Beginn gewesen ist! Außerdem mehrten sich die Versuche des Kapitals, Streiks auch in anderen Bereichen gerichtlich verboten zu lassen. Allen Lohnabhängigen wurde durch den Kampf der Eisenbahner verdeutlicht: Die Kämpfe entwickeln sich ungleichmäßig. „Die Sache jedes einzelnen, jeder besonderen Schicht, jedes besonderen Berufs muss die Sache aller werden. Sie müssen sich gegenseitig stützen und fördern im Kleinen und das große Ziel vor Augen haben. Sie müssen bereit sein, dafür zu kämpfen. Dann wird es gehen. Dann wird das Verbrechen ausgetilgt, das heute am ganzen arbeitenden Volke begangen wird“ (Frölich, S. 30).

Leipziger Konzertleben: Zwiespältig und anregend ...

Der Besuch der Konzerte in der ersten März-Woche war wieder bezeichnend für das zwiespältige Verhältnis der Leipziger zur Musik des 20. Jahrhunderts. Das bei den Kurt-Weill-Festspielen in Dessau gefragte Programm mit Werken von Kurt Weill und George Antheil war bei der Wiederholung im 6. Rundfunkkonzert im Gewandhaus mager besucht. Dagegen hätte Kurt Masur für sein Gewandhauskonzert mit Mendelssohns Violinkonzert e-Moll und Bruckners „Dritter“

Von **Werner Wolf**

mehr als zwei ausverkaufte Abende haben können. Gewiss wäre das auch möglich gewesen, wenn Anne-Sophie Mutter, die in diesem Konzert neben dem Philosophen Peter Sloderdijk mit dem Mendelssohn-Preis ausgezeichnet wurde, ein unbekanntes neues Werk gespielt hätte.

Dagegen war für die meisten Leipziger der Österreicher HK Gruber als Dirigent des Rundfunkkonzertes ein Unbekannter.

Doch schon „Der Lindberghflug“ nach einem Text von Bertolt Brecht, der den ersten Non-Stop-Flug über den Atlantischen Ozean besingt, erwies sich als eine bemerkenswerte künstlerische Auseinandersetzung mit den neuen technischen Errungenschaften und dem Verhältnis der Menschen zu neuen Technik. Emotional bewegender wirkte Weills bald nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs begonnene „Ballade auf die Magna Carta“ nach einem Text von Maxwell Anderson. Sie prangert mit der Willkürherrschaft des englischen Königs Johann jedwede Tyrannei an und war damals zuvörderst gegen Hitler

gerichtet. Weill führt in ihr zwar die Gestaltungsprinzipien des „Lindberghfluges“ weiter, legt aber mehr Wert auf den Gefühlsausdruck.

Die mit der Nummer 5a bezeichnete „Sinfonie der Freude“ von George Antheil entstand nach der „den Toten dieses Krieges“ gewidmeten tragischen fünften Sinfonie des Komponisten. In ihr wirken die Schrecken des Zweiten Weltkrieges nach. Doch sie findet vor allem im abschließenden dritten Satz zu freudig bewegter und am Schluss ausgelassener Stimmung.

Die Besucher spendeten freudig überrascht nach jedem der drei Werke stärkeren Beifall. Der galt den Werken wie der durchdachten und eindringlichen Interpretation HK Grubers mit dem MDR-Sinfonieorchester wie dem Rundfunkchor, den Solisten und Kurt Weill.

In den Gewandhauskonzerten mit Anne-Sophie Mutter und Kurt Masur konnten die Besucher im Schönklang schwelgen. Die über alle spieltechnischen Probleme erhabene Geigerin faszinierte mit feinsten klanglichen Nuancen und hatte in Masur mit dem Gewandhausorchester Partner, die in allem auf sie eingingen. Die Interpretation der dritten Sinfonie Bruckners gestaltete Masur ebenso feinsinnig. So warmherzig und kultiviert war das Werk kaum je in Leipzig zu hören.

In der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater wartete die Kammerphilharmonie Felix M. unter Leitung Michael Köhlers unmittelbar nach Semesterbeginn mit einem spannenden Sinfoniekonzert auf. Den Namenspatron huldigten sie mit einer leben-

digen Aufführung der Hebriden-Ouvertüre. Dann bewies der Dirigent, dass ein Werk wie die Tondichtung „Tod und Verklärung“ von Richard Strauss auch mit kleinerer Streicherbesetzung als üblich ihre Kraft ausstrahlt. Nur hätten sich bei den problematischen akustischen Bedingungen im Großen Saal der Hochschule die Trompeten und Posaunen mit der halben Lautstärke begnügen können. Das gilt auch für die mitreißende Gestaltung der ersten Sinfonie von Dmitri Schostakowitsch. Es verdient immer wieder uneingeschränkte Anerkennung, was der überlegen dirigierenden Michael Köhler in diesen projektgebundenen Konzerten leistet und erreicht.

Zur gleichen Zeit bot im Gewandhaus Jun Märkl mit dem MDR-Sinfonieorchester im 5. Konzert „Zauber der Musik“ ein genau durchdachtes Programm mit Anton Weberns Passacaglia, Arnold Schönbergs Fassung eines Violoncellokonzertes nach Mathias Georg Monn und Brahms „Vierter“.

Inzwischen haben die vorörtlichen Passionskonzerte begonnen. Chor und Orchester „amici musicae“, 1994 von ehemaligen Thomauern gegründet, führten in ihrer neuen Konzertreihe „Bach bei uns“ in der Thomaskirche unter Leitung Ron-Dirk Entleutners und im Chorischen und auch insgesamt eindrucksvoll die Matthäus-Passion auf.

Im Gewandhaus erklang mit dem Chamber Choir of Europe und dem Gewandhausorchester Bachs Messe h-Moll. Nach allen Regeln der historischen Aufführungspraxis demonstrierte Trevor Pinnock, wie das ausgesprochen präzise und zugleich musikalisch lebendig mit wenig oder gar ohne Vibrato gespielten heutigen Instrumenten klingen kann. Ein anregender Abend.



Erwin Geschonneck

27. 12. 1906
13. 03. 2008

„Eigentlich habe ich immer etwas zum Lesen bei mir. Manche Jackettasche ist schon förmlich ausgebeult von einem Buch.“

„Froh bin ich, dass ich lange Zeit gesund blieb, Viele meiner Kameraden und Genossen aus der KZ-Zeit haben schwere gesundheitliche Schäden von den Bestialitäten der Nazis behalten.“

„Urlaub war für mich bis zum vierzigsten Lebensjahr ein Fremdwort gewesen.“

Scherbenhaufen

Überall ein Hauch von Marilyn Monroe. Auch eine Erinnerung an den Straßenwindkanal aus dem Film „Das verflixte 7. Jahr“ dürfte in Leipzig nicht fehlen.

(Foto: Mdbk)



Während außen die neuen Glasscheiben für die Fassade montiert werden, steht im Inneren, bezogen auf die konzeptionelle Verfasstheit, das Museum der bildenden Künste vor einem Scherbenhaufen. Die Depots sind prall gefüllt mit Schätzen – warum nur muss die dekadente Hochglanzwelt eines Gunter Sachs in den Genuss musealer Weihe kommen? Diese altehrwürdige Leipziger Institution hat Respekt verdient, stattdessen ist sie zum Spielplatz der Eitelkeiten von Matadoren des Kunstmarktes geworden. Gunter Sachs, Jahrgang 1932, stammt aus einer Großindustriellenfamilie, sein Vater war Alleininhaber des Kugellagerherstellers Fichtel & Sachs AG und der Großvater mütterlicherseits, Wilhelm von Opel, Eigentümer eines Autokonzerns.

Auf einer Fläche von 2.000 Quadratmetern wird ein Überblick über das fotografische Werk von Gunter Sachs geboten, Mode, Porträts, Architektur dazu Ausschnitte aus seinem filmischen Schaffen.

In 23 Kabinetten werden Fotos und Objekte gezeigt, oft unzureichend beschriftet, selbst der gutwilligste Betrachter wird allein gelassen. Die Reise beginnt bei den „Heldinnen“, passiert den „Tower“ und endet beim „Playboy for all Seasons“. Claudia Schiffer und Mirja Sachs, halbnaakte Schönheiten und rauschende Maskenfeste – das ist seine Welt. Gönnerschaft und aufdringlich wird ein voyeuristischer Blick in seine private Kunstsammlung gewährt, die sich dem Nouveau Réalisme, dem Surrealismus und der Pop Art widmet. Es folgen die Reli-

quien seines Lebens. Wen interessiert das Münch-Motorrad, welcher museale Anspruch wird mit seinem Bobschlitten erfüllt? Im April wird der Ausstellungskatalog erscheinen. Ob er wissenschaftliche Qualität und historisch-kritische Distanzierung aufweisen wird? Eines hat das Leipziger Bilder-Museum immer schon gekannt, Scherben zu kitten. Auch im 150. Jahr seiner Geschichte wird dies gelingen, wenn Oeser (ab 10. April) und Corinth (ab 11. Juli) von dieser peinlichen Sachs-Ausstellung ablenken werden.

„Gunter Sachs – Die Kunst ist weiblich ...“ bis 22. Juni 2008, Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10; Di. u. Do.-So. u. Feiertage 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr.

• D. M.

Mietbare Mehrzweckhalle

In Zeiten hoffnungslos verschuldeter Etats interessiert es Stadträte, denen es ohnehin längst an kultureller Bildung mangelt, wenig, ob städtische Museen gute, kritische Arbeit leisten. Sie interessiert nur, ob sich die Besucherzahlen und Einnahmen optimieren lassen. In Leipzig führt das zu paradoxen Situationen. Das Museum der bildenden Künste steht Unternehmen wie BMW und DHL zu Spottpreisen für Betriebsfeiern zur Verfügung. Es richtet Ausstellungsreihen und -räume für Privatsammlungen ein. Sonderausstellungen geraten zu Werbeträgern: Hans Hartung, sponsored by Deutsche Bank. Auf der Strecke bleibt Ansehen, Bedeutung und letztlich die Existenzberechtigung.

Museen sind weder Litfaßsäulen noch mietbare Mehrzweckhallen. Sie sind Schutzräume für Güter, welche einen Wert besitzen, der jenseits kapitalistischen Denkens besteht. Lassen sie davon ab, so machen sie sich selbst überflüssig. Dass die Ausstellung mit dem schlüpfri-

gen Titel „Die Kunst ist weiblich ...“ in dieser Form überhaupt in einem städtischen Kunstmuseum stattfindet, ist für sich bereits Skandal genug. Doch der PR- und Medienapparat, der flankierend bemüht wird, gibt weiteren Grund zum Protest. Die Ausstellung wird von Publikationen begleitet, in denen eindeutig und wissentlich Unwahrheiten verbreitet werden. So darf Sachs behaupten, er habe 1972 in seiner

Hamburger Galerie „die erste Warhol-Ausstellung auf unserem Kontinent“ eröffnet. In Wirklichkeit dagegen war Warhol bereits seit 1964 etliche Male in Einzelausstellungen in Europa zu sehen, in Museen wie in Galerien. Der Kunsthistoriker Wolfgang Strack konfrontierte den Museumdirektor Hans Werner Schmidt mit diesem Faktum. Doch der Direktor wimmelte den Experten flapsig ab. Offensichtlich genießt der Opel Enkel Gunter Sachs in dem städtischen Kunsttempel Narrenfreiheit.

• R. MUTT
BY INDIMEDIA DE
am 2. 3. 2008

Bei
anderen
entdeckt ...

Vor kurzem hat der Berliner Akademie Verlag ein Werk an Abonnenten in aller Welt ausgeliefert, das von einigen Enthusiasten vor mehr als zwei Jahrzehnten an der Alma mater lipsiensis begonnen und nach vieljähriger Unterbrechung an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vollendet werden konnte. Es handelt sich um den Band IV/12 der akademischen Marx-Engels-Gesamtausgabe. Im ersten Teil des Bandes dokumentieren neun bisher unveröffentlichte Exzerpthefte Marx' Lektüren am Vorabend und während des Krimkriegs. Vier Hefte enthalten Auszüge zur Geschichte der Diplomatie, hauptsächlich aus Werken von César Famin, George Henry Francis, Georg Friedrich von Martens, David Urquhart sowie der „Correspondence relative to the affairs of the Levant“ und „Hansard's parliamentary debates“. Fünf weitere Hefte sind thematisch der Geschichte Spaniens gewidmet. Die Auszüge aus Werken von Francois René de Chateaubriand, Victor Du Hamel, Gaspar Melchor de Jovellanos, Evaristo San Miguel, Manuel de Marliani, Dominique de Pradt, Robert Southey, José Maria de Toreno, Pedro de Urquinaona, William Walton und anderer Autoren zeigen, wie intensiv sich Marx mit spanischer Geschichte und Kultur befasst hat. Besonders zu erwähnen sind die in diesem Kontext entstandenen Exzerpte aus Augustin Thierry's berühmtem „Essai sur l'histoire de la formation et des progrès du Tiers État“. Das Interesse von

Neuer Band der akademischen Marx-Engels-Gesamtausgabe

Unbekannte Facetten

Marx und Engels galt solchen bekannten Gelehrten, schließt aber auch Autoren ein, die in den Annalen der Wissenschaftsgeschichte nur wenig Spuren hinterlassen haben und deren Originalität heute bestenfalls Spezialisten kennen.

Die im zweiten Teil des Bandes erstmals abgedruckten Exzerpte und Notizen von Engels sind bibliographischer und militärgeschichtlicher Natur. Thematisch umfassen sie die Revolution 1848/49, den Ungarischen Revolutionskrieg sowie die russische Militärorganisation und Heeresstärke während des Krimkriegs, die Belagerung der Festungen Silistria und Sewastopol sowie die unter anderem wegen des „Totenritzes“ der leichten britischen Kavalleriebrigade bekannte Schlacht bei Balaklava. Unter den von Marx und Engels exzerptierten Autoren finden sich die preußischen Generäle Heinrich von Brandt und Helmuth von Moltke. Verdankte Marx der authentischen Beschreibung des ersten wichtige Erkenntnisse über die spärliche Guerilla, so entnahm Engels den Aufzeichnungen, die der spätere preußische Generalstabschef als Hauptmann in türkischen Diensten angefertigt hatte, die fortifikatorischen Schilderungen der Belagerungen der türkischen Festung Silistria durch russische Truppen. Für Marx' Studien zur Geschichte der Diplomatie lieferte



Marx' wichtigster Arbeitsort in London – der Kuppellesaal im British Museum.

der Göttinger Völkerrechtler von Martens, der nicht nur im Hörsaal, sondern auch auf internationalem Parkett Verdienste erworben hatte, das Vademecum. Neben dessen 1807 in Berlin verlegtem „Grundriß einer diplomatischen Geschichte der Europäischen Staatshändel und Friedensschlüsse seit dem Ende des 15ten Jahrhunderts bis zum Frieden zu Amiens“ bildeten Blaubücher und Parlamentsprotokolle den Quellenfundus der nicht selten mit investigativem Engagement recherchierten Studien von Marx zur Geschichte der internationalen Beziehungen im Zeitalter des Krimkriegs. Sein Tatsachenwissen über die moderne spanische Geschichte schöpfte Marx aus verschiedenen Quellen, den Berichten eng-

lischer Forschungsreisender ebenso wie den Werken französischer und spanischer Staatsmänner und Historiker, meist Zeitzeugen und Chronisten in einer Person. Für die ersteren sei auf Southey, den neben Coleridge einflussreichsten und wirkungsmächtigsten Vertreter der Lake School verwiesen. Aus der Zahl der letzteren ragen Joseph Bonaparte, Calatrava, Chateaubriand, Jovellanos, Marliani, Miraflores, San Miguel und Toreno heraus. Der älteste Autor, den Marx bemüht, ist der griechische Geschichtsschreiber Diodorus Siculus; der jüngste (von Engels) exzerptierte Verfasser ist der mit Marx gleichaltrige ungarische Revolutionsgeneral Arthur Görgey. Mit dem Band IV/12 legen die

Bearbeiter der internationalen Fachwelt mehr als 1000 Druckseiten bislang unveröffentlichter Texte von Marx und Engels und einen 750seitigen wissenschaftsgeschichtlichen Kommentar dazu vor. Die als Vorarbeiten und Materialsammlungen für die journalistische Tätigkeit von Marx und Engels, insbesondere für die Essays „Lord Palmerston“ und „Revolutionary Spain“, entstandenen Exzerpte und Notizen machen bisher unbekannt Facetten ihres Werkes sichtbar und lassen das Wissenschaftler- und Journalistenduo Marx und Engels in einem neuen Lichte erscheinen. Dies gilt für Marx' Studien zur Geschichte der Diplomatie und die religions- und kirchengeschichtlichen Aspekte der Orientalischen Frage in diesem Kontext, aber auch für seine Untersuchungen zur Heranbildung der bürgerlichen Gesellschaft in Spanien, deren verfassungsgeschichtliche Perspektive und die Sensibilität des Analytikers Marx für Phänomene, die die moderne Militätheorie als asymmetrische Kriegsführung bezeichnet. • D. S.

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. Vierte Abteilung. Bd. 12: Exzerpte und Notizen September 1853 bis Januar 1855. Bearbeitet von Manfred Neuhaus und Claudia Reichel. Unter Mitwirkung von Karl-Frieder Grube, Giesela Neuhaus, Klaus-Dieter Neumann, Hanno Strauß und Christine Weckwerth. Berlin: Akademie Verlag 2007, XVII, 1745 S.

Das Thema des von Erhard Hexelschneider, Slawist und Literaturwissenschaftler, verfassten Forschungsberichtes mag, wie der Autor selbst vermutet, auf den ersten Blick verwundern, denn Rosa Luxemburg weilte nicht allzu oft in Leipzig und wohnte hier nie dauerhaft. Erstmals kam sie im September 1898 nach Leipzig. Es ging um „Unklarheiten, die bei Korrekturarbeiten ihrer Kampfschrift *Sozialreform oder Revolution?* aufgetreten waren und sie zwingen, von Dresden aus in die Redaktion und die Druckerei der LVZ zu fahren“. Aus den folgenden Aufenthalt ragt der insgesamt längste vom 21.-26. Mai 1899 heraus, ein Pfingsturlaub, „den sie auf Einladung der Familie Bruno und Auguste Schoenlank in deren Wohnung in der Braustraße 5 verbrachte“. Ihr erster öffentlicher Auftritt in Leipzig fand drei Monate später, am 29. August, in einer sozialdemokratischen Veranstaltung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises vor 1200 Teilnehmern im Pantheon in der Dresdner Straße zu den Aufgaben des bevorstehenden Parteitag in Hannover statt. Am 3. November 1901 nahm sie tief erschüttert an der Beerdigung



Hanna Studnitzkas „Rosa“ im Diskussionsraum der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ Lpzg.

von Bruno Schoenlank teil, zu der rd. 30 000 Trauergäste aus ganz Deutschland gekommen waren. Am 3. März 1902 kam sie mit Franz Mehring zu Gesprächen über ihren Eintritt in die Redaktion der LVZ nach Leipzig. Akribisch werden alle ihre weiteren hiesigen Aufenthalte bis zu ihrem letztmaligen im Juli 1916 beachtet. Unverständlich ist jedoch, warum Hexelschneider die Tagebucheinträge von Alwin Hentschel – später Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD – während der Kriegsjahre 1914-1916 über Aufenthalte Luxemburgs und mit ihr geführte Gespräche in Leipzig als „dubiosen Humbug“ bezeichnet und fehlende dokumentarische Be-

Rosa Luxemburg und Leipzig

weise beklagt. Hier ist jedoch zu beachten, dass Rosa Luxemburgs Vorträge nur bei Umgehung der sich aus dem Kriegszustand ergebenden polizeilichen Anordnungen stattfinden konnten. So weist die erstellte Tabelle über die „bezeugten Leipzig-Aufenthalte Rosa Luxemburgs“ für die Kriegszeit nur den vom Juli 1916 aus, was so nicht stimmt. Was der Autor im Hauptteil zum Verhältnis von Rosa Luxemburg und LVZ schreibt, ist höchst informativ. Luxemburgs erster für eine deutsche Tageszeitung verfasster Beitrag erschien am 2. Juli 1898 in der LVZ und behandelte die Bedeutung der Wahlen in Oberschlesien. In der Folgezeit verfasste sie für die LVZ mehr Beiträge als für irgendeine andere sozialistische Tageszeitung. Eine von Hexelschneider erstellte Tabelle weist für die Zeit von 1898 bis 1913 insgesamt 116 nachweisbare Artikel und Miscellen aus. Schoenlank nannte Luxemburg „die glänzendste Feder der Partei“, während Luxemburg rühmte, dass Schoenlank ihr „unbeschränkte Freiheit“ lässt.

Nach Schoenlanks Tod wird ihr der Eintritt in die Redaktion der LVZ angetragen. Der Leser erhält Einblick in das von Luxemburg erwogene Für und Wider einer ständigen Mitarbeit, die auch mit einer Übersiedlung nach Leipzig verbunden sein sollte. Am 1. April 1902 übernahm Franz Mehring die politische Leitung der LVZ von Berlin aus. Zeitgleich mit ihm trat Luxemburg von Friedenau aus in die Redaktion ein. Ihre Übersiedlung nach Leipzig wurde für Ende des Sommers in Aussicht genommen. Doch der Dualismus in der Leitung und beiderseitige Eitelkeiten und leichte Verletzlichkeit führten sehr schnell zu Komplikationen. Im Juli, nach nur dreimonatiger Tätigkeit, trat Luxemburg unerwartet aus der Redaktion aus. Die Meinungsverschiedenheiten waren nicht von langer Dauer. Auch als freie Mitarbeiterin sah Mehring in Luxemburg eine seiner wichtigsten Verbündeten im Ringen um die weitere politische Profilierung der LVZ. Später, als Hans Block ab August 1913 Chefredakteur wurde und den

Kurs des Blattes änderte, kündigten Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Franz Mehring unter Protest ihre Mitarbeit in der LVZ auf. Der abschließende Teil trägt den mit Bedacht gewählten Untertitel: „Eher zufällige Beobachtungen“ und bezieht sich vor allem auf den Umgang mit ihr in der DDR und in der Zeit danach sowie auf Auseinandersetzungen einiger Leipziger Künstler mit Leben, Schaffen und Schicksal Rosa Luxemburgs. Insgesamt ist dem historisch interessierten Leser der von Erhard Hexelschneider verfasste Forschungsbericht sehr zu empfehlen. Eine Neuauflage sollte unbedingt durch ein Personenregister ergänzt werden.

• KURT SCHNEIDER

Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Reihe: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 4. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007. 123 Seiten, 7,00 Euro. Mitglieder zahlen 5,00 Euro

Paul Levi erblickte am 14. März 1883 im schwäbischen Hechingen das Licht der Welt, dem Tag, an dem Karl Marx in London verstarb. Er wuchs in einer begüterten jüdischen Familie auf, die bewusst ihre republikanischen und kulturellen Traditionen pflegte. Seinem Abitur folgte das Jura-Studium in Berlin, Grenoble und Heidelberg, das er als Dr. jur. abschloss. Er verfügte über eine beeindruckende kulturelle Bildung, glänzte als Kenner der klassischen Philologie sowie der antiken Geschichte und beherrschte mehrere europäische Sprachen. Schon als Gymnasiast wurde er Mitglied der SPD.

Ab 1908 praktizierte er als Rechtsanwalt in Frankfurt/Main, später verlegte er seine Kanzlei nach Berlin. 1913 verfolgte er auf dem Jenaer Parteitag interessiert die Rede Rosa Luxemburgs mit ihrer Warnung, die auch seinen Intentionen entsprach, dass die SPD dem Sozialreformismus erliegen könnte. Im Prozess ab dem 20. Februar 1914 gegen Rosa Luxemburg wegen „Ungehorsam gegen die Obrigkeit“ – nach Levi ein „Weltanschauungsprozess“ – empfand sie für ihren exzellenten Strafverteidiger Paul Levi wachsende Sympathie, die zur Liebe gedieh, wie ihre anrührende Korrespondenz das widerspiegelt. Beide ergänzten sich, waren sensibel, eigenwillig, den schönen Dingen zugetan, voller Elan. War dieser Liaison auch keine Dauer beschieden, blieb doch Levi ihr über ihren Tod hinaus eng verbunden. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion traf beide tief. Sie forderten eine „rücksichtslose Selbstkritik“ und setzten analytische Glanzpunkte. Hoffnungsvoll begrüßten sie die russische Februarrevolution 1917. In noch höherem Maße galt das für die Oktoberrevolution als weltgeschichtliche Tat und Ehrenrettung der Arbeiterbewegung. Trotz „Sicherheitshaft“ verfolgte Rosa Luxemburg konzentriert die russischen Ereignisse. Ihre dezidierte Kritik entsprang ihrer tiefen Verbundenheit mit der Revolution. Das galt auch für Levi, der deshalb ihren für die „Spartakusbriefer“ verfassten kritischen Artikel, den er während eines Haftbesuches von ihr erhielt, für nicht zeitgemäß zurückwies. Diese Polemik war ihr Anlass, das Manuskript „Die russische Revolution“ zu verfassen, um damit Levi zu überzeugen, das er jedoch für sich behielt. Ihr Manuskript enthielt Einschätzungen, die sich als prophetischer Weitblick erweisen sollten.

Vor 125 Jahren wurde der Linkssozialist Paul Levi geboren

Ein „Landesverräter“



Paul Levi (um 1929)

In der Novemberrevolution 1918 war Levi als Redner, Redakteur der „Roten Fahne“ und als Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes, deren Programm Rosa Luxemburg und er entwarfen, voll gefordert. Beide traten dafür ein, in der USPD zu verbleiben, um deren Mitglieder und Anhänger für eine geeinte Linke zu gewinnen. Diese Absicht ließ sich nicht realisieren. Es erfolgte die Gründung der KPD auf der Basis des von ihnen entwickelten Programms. Ungeduld und Überschätzung der Situation offenbarte sich, als die von Levi begründete Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung mehrheitlich zu Gunsten der Räte macht abgelehnt wurde.

Bereits Tage später waren die Führer der jungen Partei Mordopfer der Konterrevolution. Levi entging den Fängen der Mörder nur, weil er sich in polizeilichem Gewahrsam befand. Er schwor an ihren Gräbern, die furchtbare Bluttat zu sühnen. Erst 1929 gab ihm der Jörn-Prozess Gelegenheit, die Mordtaten durch ein Plädoyer „Dantonschen Formats“, so Carl von Ossietzky, zu enthüllen.

1919 übernahm Levi unter den Bedingungen der Illegalität den Parteivorsitz. Im

die KI und die Fusion mit der KPD. Die so gebildete VKPD, sie umfasste 300 000 Mitglieder, berief Levi zum Vorsitzenden. Doch mit der Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens, die er für eine Katastrophe hielt, spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten zu. Im Februar 1921 trat er als Vorsitzender der Partei zurück. Aber ein noch verheerender Schlag traf die VKPD mit der „Märzaktion“, in der die Ultralinken ihre „Offensivtheorie“ zur Taktik erhoben und mit dem Aufstand spielten. Am 12. März 1921 veröffentlichte Levi voller Zorn seine Schrift „Unser Weg – Wider dem Putschismus“. Er beschuldigte die Führungen von VKPD, KAPD und KI des Abenteuerstums, des Bruchs mit dem Marxismus und forderte, zum Geist Luxemburgs und ihrem Programm zurückzukehren, um den Dualismus zwischen Reform und Revolution zu überwinden. Stattdessen wurde jedoch Levi am 15. April 1921 wegen „Disziplinbruchs“ aus der VKPD und KI ausgeschlossen. Lenin brach über ihn den Stab „als höchst geschickter Beauftragter der Bourgeoisie“, ein Verdikt, das ihn über Jahrzehnte zum „Renegaten“ stempelte. Nunmehr drängte es ihn, nach der Nieder-

schlagung des Kronstädter Aufstandes das sich in seinem Besitz befindende Manuskript Luxemburgs „Die russische Revolution“ zu veröffentlichen. Im Vorwort betonte er, dass er ihren Gegensatz zu Lenin nicht länger verschweigen wolle, zumal die Ereignisse ihre Vorahnung bestätigt haben. Es sei „eine Diktatur, allerdings aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politikern“. Für Levi war die Schrift „Die russische Revolution“ Ausdruck Rosa Luxemburgs Weltanschauung, die es zu bewahren galt. Die Edition 1922 war ihm kein Anlass, die historische Tat des Roten Oktober zu verleugnen, wenngleich er aus Sorge um deren Schicksal er 1927 einschätzte, er „sei das Leidvollste, das die Geschichte kennt“. Seine Konsequenz war 1921/22 die Absage an die Leninsche „Partei neuen Typus“, seine Rückkehr zu Linken in der SPD. Er hoffte, mit ihr die Politik der Sozialdemokratie zu verändern, eine Orientierung, die in den Parteibezirken und unter den Jungsozialisten nicht ohne Resonanz blieb. So stimmten 40 Prozent der Delegierten auf dem Magdeburger Parteitag 1929 für die Anträge der Linken.

In der Reichstagsfraktion war Levi als Rechtsexperte gefragt. Er nahm die Stremmings ins Visier, brachte wehrpolitische Alternativen ein, wegen denen er von den Deutschnationalen wegen „Landesverrats“ verklagt wurde. Helfend war ihm die Sympathie seiner Wähler in Chemnitz/Zwickau, denen er mit seinem Rechtswissen beistand. In der Berliner Mittwoch-Gesellschaft, geprägt von einem intellektuellen, künstlerischen und politischen Milieu, war er ein geschätzter Gesprächspartner. Sein Credo lautete, „den Kampf gegen den kapitalistischen Inhalt der Republik zu verbinden mit dem Kampf um die letzten staatlichen und sozialen Ziele der Arbeiterklasse überhaupt“. Deshalb forderte er im Heidelberger Programm 1925, den sozialen Inhalt der Republik zu präzisieren, das Verhältnis von Koalition und Opposition exakt zu bestimmen. Wichtig waren seine Hinweise zur Wehrproblematik und zur Gefahr des Faschismus. Als bekennender Marxist polemisierte er gegen den vom Stalinismus geprägten „Leninismus“ und „Luxemburgismus“.

Paul Levis plötzliches Ableben am 9. Februar 1930 war ein schwerer Verlust, war er doch einer der klügsten Köpfe des Linkssozialismus.

• HELMUT ARNDT

Von jeher hatten die Naziführer einen Faible für geschichtliche Ereignisse und Daten. Ihr sogenanntes „Dritte Reich“ sollte tausendjährig werden. So wurde unter der Regie von Joseph Goebbels die Eröffnungsveranstaltung für die Sitzungsperiode des unter Terrorbedingungen am 5. März 1933 gewählten Reichstages als Staatsakt für den 21. März arrangiert. Es war jenes Datum, an dem Reichskanzler Otto von Bismarck im Jahre 1871 den Reichstag nach der Reichsgründung eröffnet hatte. Als Ort des Geschehens wurde die Garnisonskirche in Potsdam ausgewählt – als Symbol des Preußentums, aus dem das deutsche Kaiserreich hervorgegangen war.

Vor dieser Eröffnungsveranstaltung waren durch die Nazifizierung die 81 kommunistischen Reichstagsmandate annulliert und von den Nationalsozialisten vereinnahmt worden. Es gereicht den Sozialdemokraten zur Ehre, dass ihre Reichstagsfraktion dieser nationalistischen Show fern blieb.

Der „Tag von Potsdam“ begann mit einem Gottesdienst, für die protestantischen Abgeordneten in der Nikolaikirche, für die katholischen in der Stadtkirche. Anschließend zogen die Reichstagsabgeordneten zur Garnisonskirche. Der protestantische Zug wurde von den Reichsministern Hermann Göring und Wilhelm Frick angeführt, der katholische von Reichskanzler Adolf Hitler, SS-Reichsführer

Der „Tag von Potsdam“

Faschismus und Preußentum

Heinrich Himmler und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels.

In einem Staatsakt sprachen der Reichspräsident Paul von Hindenburg und der Reichskanzler Adolf Hitler. Den Höhepunkt des Tages bildete die tiefe Verbeugung Hitlers vor dem ehemaligen Generalfeldmarschall und das devote Reichen der Hand, um anzudeuten, dass er beabsichtigte, an alte preußische Traditionen anzuknüpfen.

Der evangelische Superintendent Otto Dibelius segnete das Bündnis zwischen Hindenburg und Hitler.

Am 23. März tagte der Reichstag in der Kroll-Oper in Berlin. Hitler begründete das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz). Es ermöglichte der Naziregierung ohne Mitwirkung des Reichstages Gesetze zu erlassen.

Das versetzte der Weimarer Republik endgültig den Todesstoß. Doch an jenem 23. März 1933 wollte Hitler noch ein wenig demokratische Fassade wahren. Die Weimarer Verfassung legte für verfassungsändernde Gesetze eine Zwei-

drittelmehrheit fest. Somit benötigte Hitler für das Ermächtigungsgesetz auch die Stimmen weiterer Parteien, insbesondere der bürgerlichen Mitte. Schließlich nahm der Reichstag das Gesetz mit 444 gegen 94 Stimmen an.

26 SPD-Abgeordnete – verhaftet oder zur Flucht gezwungen – konnten wie die gewählten kommunistischen Abgeordneten nicht an der Abstimmung teilnehmen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion lehnte der SPD-Vorsitzende Otto Wels, der allerdings die Aufrüstungs- und Kriegsabsichten der Hitlerregierung nicht anprangerte und darauf verzichtete, gegen den Raub der 81 KPD-Mandate zu protestieren, die Gesetzesvorlage ab. Er führte u. a. aus: „Noch niemals seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“

Am 22. Juni 1933 erging das Verbot der SPD. Gleichzeitig erloschen alle ihre Mandate im Reichstag und in den Landesparlamenten.

• WINFRIED STEFFEN



Von
**KLAUS
HUHN**

Als ich dieser Tage las, dass in der Schweiz ein spektakulärer Prozess stattfindet, bei dem es auch darum gehen soll, wer im Welsport das Sagen hat, erinnerte ich mich einer turbulenten Reise vor langen Jahren, die mich an der Seite einer charmanten Frau ins spanische Malaga führte. Natürlich wollen Sie wissen, wer die Frau war? Ich verrate es Ihnen: Renate Stecher. Die Jenaer Supersprinterin war vom Weltverband der Sportjournalisten zur Sportlerin des Jahres gewählt worden, der Pokal sollte ihr auf dem Jahreskongress überreicht werden und mich hatte man als Präsident der Sportjournalistenvereinigung der DDR zu ihrem Reisebegleiter ernannt. Die große Ehrung entfiel jedoch. Renate war plötzlich nur noch die Drittbeste in der Welt, was sie jedoch mit Würde trug. Die „Korrektur“ war auf wundersame Weise zustande gekommen. Am Abend unserer Ankunft hatte mich der Vertreter einer renommierten und weltweit bekannten Sportschuhfirma willkommen heißen und mir eröffnet, dass der Pokal auf einem Sockel montiert sei, der weithin sichtbar den Namen der Firma trug. DDR-Athleten war es vom DTSB untersagt, Firmenwerbung zu betreiben und zwar, weil der Internationale Leichtathletikverband in seinen Regeln strenge Strafen für solche Werbeauftritte androhte. Also eröffnete ich dem Vertreter, dass dieser Auftritt nicht stattfinden würde. Daraufhin teilte er mir mit, dass die Firma ab sofort den Aufenthalt von Renate nicht mehr finanzieren würde und sie obendrein mit dem dritten Rang vorliebnehmen müsste. Ich erklärte ihr den Zusammenhang und sie akzeptierte es. Die Bezahlung ihres Zimmers lösten wir auf simple Weise. Sie gab ein Essen und wer dabei sein wollte, hatte Eintritt zu zahlen, was zahlreiche Journalisten auch taten, weil sie dadurch die Gelegenheit fanden, mit ihr ein ausgiebiges Gespräch zu führen. Die Affäre sprach sich herum und als ich einige Wochen später vom Internationalen Olympischen Komitee zu einem Bankett in Wien geladen wurde, sprach

mich plötzlich ein Herr an, stellte sich als einer der Besitzer der Sportschuhfabrik vor und ließ mich wissen, dass der Herr, der Renate Stecher degradiert hatte, fristlos entlassen worden sei. Er versicherte, ihm läge daran, mir das persönlich mitzuteilen. Ich staunte ein wenig, stellte aber keine weiteren Fragen. Ich erfuhr aber an jenem Abend noch, dass diese Entscheidung auch gefallen war, weil das Unternehmen sehr interessiert daran war, einen Vertrag über die Ausrüstung der DDR-Athleten zu bekommen. Das Interesse an diesem Vertrag war verständlich: DDR-Athleten standen bei Siegerehrungen oft auf dem obersten „Treppchen“ und nach einer solchen Vereinbarung eben in der leicht erkennbaren Kleidung jenes

Ich bedankte mich und wusste am nächsten Morgen nach der Abstimmung, dass mein Gesprächspartner sehr gut im Bilde gewesen war.

Bald darauf, im Jahr 1987, starb jener Unternehmer und ich traf nie wieder jemanden, der mir schon vor der Abstimmung das Ergebnis sagen konnte. Ich betone: Ich traf nie wieder jemanden, aber die Zahl derjenigen, die im Bilde waren, wuchs von Jahr zu Jahr. Nun stehen einige von denen in der Schweiz vor Gericht. Die Anklageschrift soll 228 Seiten umfassen und es geht vor allem um Bestechungen. Ich habe keine Mühe, mir vorzustellen, wie die umstrittenen Abstimmungen zustandekamen, aber ich weiß, dass es inzwischen längst um andere Beträge ging, als damals. Das Unternehmen, das darüber entschied, welche Firma gegen welche Gebühren Sporthöhepunkte im Fernsehen übertrug, hieß ISL/ISMM und deren Chefs sitzen nun auf der Bank der Angeklagten. Sie hatten die Sponsoren- und Fernsehverträge mit dem Internationalen Olympischen

Sportkolumne

Geschmiertes

Unternehmers. Die zu tragen, verstieß nicht gegen die schon erwähnten Regeln. Um Irrtümern vorzubeugen: Ich habe diesen Vertrag nie gesehen, weiß demzufolge auch nicht, welche Summe die Firma an den DDR-Sport überwiesen hatte, war aber nun durch die Renate-Stecher-Affäre ins Bild gesetzt worden, wie solche Geschäfte zustandekamen.

Der Manager, der in Malaga geglaubt hatte, im Sinne des Unternehmens zu handeln, wenn er Renate Stecher wegen ihrer Werbe-Weigerung von der Weltranglistenposition eins – auf die sie durch die Entscheidung der Sportjournalisten aus aller Welt gelangt war – auf die drei zurückstufte, hatte, wie er plötzlich erfahren musste, nicht im Interesse des Unternehmens gehandelt, sondern sogar gegen dessen Interessen – siehe oben.

Ich habe diesen Boss später noch öfter getroffen. Wir grüßten uns und wechselten meist nur ein paar belanglose Worte. Einmal allerdings begegneten wir uns am Rande einer Tagung des IOC, zu deren Tagesordnung die Wahl des nächsten Olympiaorts gehörte. Und zwar am Abend vor der Abstimmung. Alle waren gespannt, wer die Spiele bekommen würde und der Sportartikelmillionär winkte mich an seinen Tisch und sagte dann grinsend: „Das ND hat ja schon Redaktionschluss und deshalb kann ich ihnen sagen, wer die Spiele bekommen wird, ohne dass es Ärger geben kann.“ Dann flüsterte er mir den Namen der Stadt zu.

Komitee (IOC), den Weltverbänden in Fußball, Leichtathletik, Schwimmen, Basketball, Tennis abgeschlossen und einige sogar bis ins Jahr 2028! Sie zahlten und kassierten, kassierten und bestachen, bis eines Tages nur noch Schulden zu verwalten waren. Schweizer Juristen reden von möglichen Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren.

Es muss ein nahezu perfektes System gewesen sein, das dem Welsport die Fesseln angelegt hatte. Die Scheinfirmen, die das besorgten, hatten ihre Briefkästen überall in der Welt, natürlich in Liechtenstein und auf den Virgin Islands. Man munkelt, dass mehr als 37 Millionen Schweizer Franken von Konto zu Konto flossen. Von einem der Herren heißt es, dass er in der „sportpolitischen Abteilung“ jenes Herren gearbeitet hat, der mir das Ergebnis der Abstimmung über den Schauplatz der nächsten Olympischen Spiele verraten hatte. Er hatte also von der Pike auf gelernt. Aber vielleicht nicht ganz genau hingehört, denn ich bin ziemlich sicher, dass jenem Boss solche Fehler, wie sie jetzt verhandelt werden, nicht unterlaufen wären.

Und sollte jemand glauben, solche Prozesse würden ungewöhnliche Ereignisse sein, sollte man ihm mitteilen, dass die Unternehmen, die die Fernsehübertragungen der Bundesliga finanziell regeln, vom Bundeskartellamt aufgefordert wurden, Details ihrer Verträge mitzuteilen. Und diese Aufforderung kam sicher nicht zustande, weil das Bundeskartellamt Langeweile hat.

Neue Sitzordnung in der Bürgerschaft

Drei Wochen nach der Wahl der neuen Hamburger Bürgerschaft konstituierte sich das Parlament im Rathaus. Erst seit einer Woche ist klar, wie die neue Bürgerschaft zusammengesetzt ist. Die CDU-Fraktion hat 56 Mitglieder, die der SPD 46, die der Grünen Alternativen Liste (GAL) zwölf und die der Linkspartei acht.

Zum neuen Präsidenten der Bürgerschaft wurde der CDU-Abgeordnete Berndt Röder in das Amt wieder gewählt. Die vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien stellen je einen Stellvertreter des Präsidenten. Für die Linkspartei ist das Wolfgang Joithe, der bislang Arbeitslosengeld II bezog und sich als „Hartz-IV-Geschädigter“ bezeichnet.

Da in der Bürgerschaft jetzt vier Fraktionen sitzen, musste die Sitzordnung geändert werden. Das führte bereits vor der ersten Plenarsitzung zum Streit. Entgegen der parlamentarischen Gepflogenheit behält die GAL weiter ihre Plätze auf der vom Präsidium aus gesehen linken Seite. Dabei muss

allerdings in der ersten Reihe Frau Goetsch von der GAL neben der Fraktionsvorsitzenden der Linken Dora Heyenn sitzen. Die Linksfraktion wird durch einen Gang getrennt sein. Frage ist: Wo ist die GAL in Hamburg „links“? – will sie doch mit der CDU gemeinsam Hamburgs Regierung stellen Ronald Barnabas Schill

... was schnupfte Schill da wohl?

Einmal wieder ist Hamburgs Ex-Innensenator Ronald Barnabas Schill wieder in den Schlagzeilen. Es war nur ein kurzes TV-Filmchen das den kurzbehaarten Mann zeigte, wie er sich eine Substanz in die Nase zog, bei der es sich kaum um bayerischen Schnupftabak handeln wird. Und wenn der Eindruck nicht täuscht, ist da eine Stimme die zum Ende der Szene sagt, die Substanz wirke schon, er fühle sich, so hört es sich an: „wach“.

Diesen Videofilm hat *Bild* in Umlauf gebracht. Dabei hat doch gerade dieses Blatt den Mann einst in ihrer Hamburger Ausgabe zum Politiker hochgeschrieben. Nimmt *Bild* von der damali-

gen Berichterstattung Abstand? Haben sich bei *Bild* etwa die Zeiten so geändert oder geht es nun darum, auch mit Schill, die sinkende Auflage zu stoppen?

Vom Video muss es noch eine längere Schill-Schnupf-Fassung aus Rio geben, die dem deutschen BILDungsblatt vorkam. Was wird uns da vorenthalten?

Das *Hamburg-Journal* des NDR TV fand bei dem Schnupf-Schill-Thema zum kreativen Journalismus zurück. Kuno Haberbusch berichtete von einem *Panorama*-Beitrag über „Innensenator Schill und das weiße Pulver“. Denn „Richter Gnadenlos“ war also schon vor längerem unter Verdacht geraten. Allerdings ließ er daraufhin in einem Institut in München eine Haarprobe untersuchen. Das Ergebnis belastete Schill nicht, der NDR sendete trotzdem.

Bild forderte laut Haberbusch damals *Panorama* auf, sich bei Schill zu entschuldigen. Im aktuellen Bericht der Zeitung allerdings wurde dieser Fakt verschwiegen. Man vergaß auch zu erwähnen, dass Ronald Barnabas Schill und seine Partei einmal Mehrheitsbeschaffer für die Wahl Ole von Beust zu Hamburgs 1. Bürgermeister waren. • **KARL-H. WALLOCH**

Cuba si!

lädt ein

16. April,

18 Uhr,

Leipziger Liebknecht-Haus,
unterm Dach:

„Mission gegen den Terror“

Film mit anschließender Diskussion aus Anlass der 10-jährigen Inhaftierung der Miami-Five.

Gesprächspartnerin ist
Elisabeth Dietze,
Mitglied des
Befreiungskomitees

Zu LN 5'08: „Und die Kinder sterben ..“

Mögen sich die Klügeren durchsetzen

Im oben genannten Artikel wird die Pressemeinung wiedergegeben, Leipzig würde die Spendenaktion für UNICEF vorerst aussetzen. Doch war das nicht das Ergebnis der Beratung, im Gegenteil: Die Fraktionsvorsitzenden haben sich mit dem Oberbürgermeister verständigt, die Partnerschaft über 2008 hinaus fortzuführen. Das geschieht mit dem Ziel, den UNICEF-Gedanken zu unterstützen und die angestrebten 500.000 Euro – 1 Euro pro Leipziger – trotz der schwierigen Situation einzuwerben. Leipziger Spenden werden bis zur Klärung der Vorwürfe an UNICEF Deutschland auf einem Konto bei der Leipziger Sparkasse verwahrt. Mit diesem Vorgehen hat sich UNICEF Deutschland einverstanden erklärt. Der Oberbürgermeister bat anlässlich seines 50. Geburtstages statt eines Geschenkes um Spenden auf dieses Konto. Wir Stadträte der Linkspartei haben dafür 100 Euro eingezahlt.

UNICEF Leipzig
10 10 10 10 10
Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92
Stichwort: Stadt für Kinder

Dr. Ilse Lauter
Vorsitzende der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat

Das klingt alles sehr gut und wäre nur zu unterstützen. Nur leider steht auf der offiziellen Homepage der Stadt Leipzig (www.leipzig.de) immer noch die von LN zitierte und scharf kritisierte Mitteilung. Ja, wir fanden eine wortgleiche Information sogar noch einmal mit Datum am 7. März, da war jener LN-UNICEF-Beitrag bereits gedruckt. Was entschieden also die Fraktionsvorsitzenden am 20. Februar?

UNICEF-Städtepartnerschaft zurückgestellt

Die Stadt Leipzig wird ihre Partnerschaft mit UNICEF vorerst ruhen lassen. Das entschieden die Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates am 20. Februar, nachdem das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen dem Deutschen Komitee für UNICEF e. V. das DZI-Spenden-Siegel entzogen hatte.

„Wir hoffen sehr, dass es UNICEF rasch gelingt, sich neu aufzustellen. Bis diese Dinge in der Organisation geklärt sind, werden wir die Spendensammlungen aussetzen“, so OB Burkhard Jung. Die Stadt stehe jedoch nach wie vor zur Grundidee und zu den Hilfsprojekten. „UNICEF ist ein großartiges Kinderhilfswerk. Wir werden die gute Sache und auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht im Stich lassen“, erklärte Jung. Vorstellbar sei, UNICEF das Angebot zu unterbreiten, über 2008 hinaus Partnerstadt zu sein.

© Stadt Leipzig, 07. März 2008

Die Nationalsozialisten hatten schon frühzeitig die Kultur bzw. Kulturpolitik zur Durchsetzung ihrer Ziele erkannt. Besonders in der von ihnen propagierten „Märzrevolution 1933“ nahmen ihre Aktivitäten diesbezüglich zu. Vor nunmehr genau 75 Jahren erschien in der „Leipziger Tageszeitung“ vom 16. März 1933 unter der Überschrift „Leipziger Kulturpolitik von gestern und morgen – Und was es hier noch zu tun gibt“ ein Artikel, in dem einleitend verlangt wird, dass alle Einrichtungen, die sich in Deutschland kulturellen Aufgaben widmen, „die Pflege des deutschen Volkstums zur Richtschnur ihrer Arbeit machen.“ Und weiter heißt es: „Legt man diese Maßstäbe an die Leipziger Verhältnisse an, so ist festzustellen, daß hier bisher noch nach keiner Richtschnur hin irgendein grundlegender Wandel eingetreten ist.“

Dem Artikel fehlt zwar die Unterschrift, aber im Vergleich mit anderen Veröffentlichungen ähnlicher Art dürfte der Verfasser der damalige Pressereferent der NSDAP Ortsgruppe Leipzig, Rudolf Linke, gewesen sein.

Verbunden mit unverhohlenen Drohungen, Beschimpfungen gegenüber Kulturschaffenden und Kommunalpolitikern sowie einer rüden Sprache werden Forderungen im nationalso-

Nazi-Angriffe auf die Leipziger Kulturpolitik

zialistischen Sinne erhoben, die entweder „freiwillig“ oder aber auch „gezwungen“ durchgesetzt werden sollen. So müssten beispielsweise im Alten Theater die „indifferenten“ Stücke abgesetzt werden. Besonders lebende Dramatiker aus der jungen Generation, die „national“ eingestellt sind, sollten gespielt werden. In der Volkshochschule müsste der Lehrplan grundlegend „völkisch“ ausgerichtet werden. Anderenfalls sei das „ganze Unternehmen zu liquidieren“. Bei den städtischen Bühnenhallen wird kritisiert, dass ihre Bestände alles andere als „völkisch“ wären. Angeblich würden nur Bücher aufgenommen worden sein, die nicht im Widerspruch zum „heiligen Marx“ ständen. Vor allem wird Büchereidirektor Walter Hofmann persönlich angegriffen und seine Personalpolitik in Frage gestellt. Breiten Raum nimmt die Kritik an der vermeintlichen „Förderung marxistischer Interessen durch Beihilfen der Stadt“ ein. Zum Beispiel würde die „Arbeiter-, Turn- und Sportschule“ in der Fichtestraße und die „Schule

der Arbeit“ in Schleußig nicht der „Pflege des deutschen Menschentums“ dienen, sondern einem „verstiegenen Internationalismus“. Je eher sie verschwänden, desto besser wäre es für die Bevölkerung Leipzigs. Bemängelt wird mit Blick auf die „zahllosen roten Turn- und Sportplätze“, dass die Stadt Leipzig in großzügiger Weise Freiflächen dem „Marxismus ausgeliefert“ hätte. Es wird weiter behauptet, dass die genannten Einrichtungen „Brutstätten eines zügellosen Wegelagerertums und einer politischen Strauchdieberei“ wären, für die nur eine Losung zu gelten hätte: „Ausmisteln!“ An den Rat der Stadt und an Oberbürgermeister Dr. Goerdeler gewandt, heißt es zum Schluss der „Nazi-Verlautbarung, dass Leipzig im „Sinne des Führergedankens“ voranzugehen habe und die Verantwortlichen sich hüten mögen, es mit der „Parole des Auf-die-lange-Bank-Schiebens zu versuchen“.

GÜNTHER RÖSKA,
LEIPZIG



Allen Lesern
ein frohes Osterfest

MigrantInnenbeirat auf gutem Weg

Wir, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Bildung eines MigrantInnenbeirates in Leipzig, haben mit Freude vernommen, dass die 41. Sitzung der Ratsversammlung in Leipzig dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen zur Bildung eines MigrantInnenbeirates in Leipzig mehrheitlich stattgegeben und einen Beschluss mit folgendem Wortlaut verabschiedet hat:

„Die Ratsversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, eine Vorlage zur Bildung eines Integrationsbeirates zu erarbeiten und der Ratsversammlung bis 31. März 2008 zur Entscheidung vorzulegen. Aufgabe dieses Beirates ist es insbesondere,

der Entwicklung einer Parallelsellschaft entgegenzuwirken.“

Unsere Arbeitsgemeinschaft, die sich seit November 2004 für die Erreichung dieses Zieles unermüdet eingesetzt hat, erklärt ihre Bereitschaft und Entschlossenheit für die Umsetzung dieses Vorhabens weiterhin einzutreten und ruft alle in der Stadt Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten sowie alle Bürger mit Migrationshintergrund auf, sich konstruktiv in diesem Prozess einzubringen, und die Stadtverwaltung der Stadt Leipzig zu unterstützen.

Arbeitsgemeinschaft zur Bildung
eines MigrantInnenbeirates in
Leipzig
I.A. CHINH NGUYEN CHI

Wanderungen durch Neufünfland

UNLÄNGST MAL WIEDER DURCH DEN HARZ PILGERND, machten wir in Halberstadt Rast und erfuhren dort, dass im Martineum, einer der renommiertesten Schulen, Streit ausgebrochen war, heftiger Streit sogar. Gegenstand des Zwists war eine Gedenktafel für die Toten des Zweiten Weltkriegs. Früher hatte es schon eine Tafel mit den Gefallenen des Ersten Weltkriegs gegeben, die aber zu DDR-Zeiten mit einer Holztafel verdeckt worden war. Vor fünf Jahren hatten dann ehemalige Schüler 3500 Euro für eine neue eiserne Tafel gesammelt und sie dann auch feierlich enthüllt. Bald darauf stießen zwei Schülerinnen darauf, dass auch SS-Angehörige auf der Tafel standen, gingen der Sache nach und fanden heraus, dass sechs SS-Mitglieder, ein General, andere hohe Dienstgrade und fünf Namen verewigt waren, zu denen keinerlei Fakten zu finden waren. Also

Streit, Streit und nochmals Streit

entschied der Schulförderverein im Dezember 2007, dass die Tafel demontiert werden sollte und das geschah dann im Januar. „An der Schule dient alles der Erziehung unserer Jugend“, begründete Schulleiter Dr. Harald Schiller die Entscheidung. Und fügte hinzu, die Schule sei grundsätzlich gegen rechtes Gedankengut. Bald kam Widerspruch auf. „Es gibt keine guten oder schlechten Toten“, meinte einer derjenigen, der die Demonstration verurteilte. Nun wird weiter gestritten werden, aber es spricht eindeutig für die Schule und ihre Schüler, dass sie dieses Thema mit solcher Konsequenz behandelte.

STREIT BEGEGNETE UNS AUCH IN WOLMIRSTEDT. Wir hörten uns an, worum es ging und schwiegen. Vorwürfe wurden erhoben, die niemand erhärten aber auch niemand widerlegen konnte. Angeblich war Geld verschwun-

den. Im früheren Ohrekreis hatte man vor Jahr und Tag einen Tschernobyl-Verein gegründet, der sich um die Kinder aus der Katastrophenregion kümmerte. Hut ab! Soviel vorweg. Aber nun hat sich ein Vereins-Vorstandsmitglied verabschiedet und heftige Vorwürfe erhoben. Einige Vereinsmitglieder seien nicht seriös mit den Spenden umgegangen. Die Auseinandersetzung war heftig, wir schwiegen zu allem. Aber hinterher, als wir wieder durch die Wälder zogen, hielten wir einiges für bedenklich. Besondere Aufmerksamkeit galt den Ferienaufenthalten – 2007 sollten sich 30 Mädchen und Jungen drei Wochen lang in und um Haldensleben erholen. Es wurde ein Fördergeldantrag an die Gemeinde Barleben gestellt, in dem man las, dass dieser Aufenthalt 5928 Euro kosten würde. Man beantragte 4742, 40 Euro, der Verein sollte 1185, 60 Euro aufbringen. So weit, so

gut. Aber dann stellte der Verein noch einen Antrag an die Stiftung West-Östliche Begegnungen in Berlin. Ins Feld geführt wurde derselbe Ferienaufenthalt, diesmal für 20 Kinder und Kosten in Höhe von 4977,50 Euro, für die ein Fördergeld in Höhe von 3490 Euro beantragt wurde. Nun soll die Affäre gründlich untersucht werden. Nachdenklich stimmt es schon, wenn man derlei erfährt und sich obendrein daran erinnert, dass Fördergelder auch im Großen zuweilen gesucht werden.

UND NOCH MAL STREIT begegnete uns in Loburg. Dort ging es darum, dass man eine Einheitsgemeinde gegründet hatte und sich nun nicht darüber einig sein konnte, welchen Namen sie tragen sollte. Es ging hoch her, denn Loburg, dessen Name nach der freiwilligen „Zwangsvereinigung“ verschwinden sollte, erinnerte daran, dass es seit 800 Jahren Stadtrecht genieße, sogar zweimal Kreisstadt war. Auch hier wird der Streit wohl noch eine Weile andauern. Wir werden nachfragen, wenn wir wieder durch die Gegend kommen.

• KLAUS HUHN



fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 25. März, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Altes Testament und neues Recht*. Mit RA Dr. Roland Wötzel, Leipzig. Moderation: Dr. Werner Wittenberger. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 26. März, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Der Kalte Krieg und das Grenzregime in Europa*. Mit RA Gerhard Lauter, ehem. Leiter der HA Pass- und Meldewesen im MdI der DDR, Leipzig. Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 26. März, 20 Uhr, Leipzig
 GlobaLE Zwischendurch „Neuland“. *Dokumentarfilm von Daniel Kunle und Holger Lauinger, 2007*. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig und Eine Welt e. V. Praktische Handlungsansätze – regionale Initiativen stellen sich vor. ***
 Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

Donnerstag, 27. März, 15 Uhr, Löbau
 Buchvorstellung und Diskussion: *Angriff und Abwehr – Die deutschen Geheimdienste nach 1945*. Mit den Herausgebern Klaus Eichner und Gotthold Schramm. Lausitzer Granit (Speisesaal), Äußere Zittauer Str. 67

Donnerstag, 27. März, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Die antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes. Zur Wiedergeburt des faschistischen Credos bei der extremen Rechten der Gegenwart*. Mit Volkmar Wölk, Grimma. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 3. April, 17.30 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion in der Reihe 75 Jahre Errichtung von Konzentrationslagern in Deutschland: *Mörderisches Finale. NS-Verbrechen bei Kriegsende*. Mit dem Autor Ulrich Sander, Journalist, Bundessprecher VVN/BdA, Dortmund UFZ, Permoserstr. 15, Hauptgebäude, 1. Etage, Saal

Donnerstag, 3. April, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Sozialismus – die außerhalb Europas wiederentdeckte Perspektive*. Mit Dr. Erhard Crome, Berlin. Moderation: Dr. Peter Hamann ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Donnerstag, 3. April, 19 Uhr, Chemnitz
 Lesung und Diskussion: *Irntraud Gutschke: Hermann Kant – Die Sache und die Sachen*. Mit Hermann Kant und Dr. Irntraud Gutschke. In Zusammenarbeit mit dem Freien Deutschen Autorenverband. ***
 Neue Sächsische Galerie, Moritzstr. 20

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Liebe Edith Döring zu deinem 80. Geburtstag wünschen wir dir von ganzem Herzen alles Gute und Liebe.

Wir verbinden damit unseren Dank für deinen Einsatz und deine Treue trotz stürmischer und wechselvoller Entwicklung unserer Partei.

Es grüßen dich deine Connewitzer Genossinnen und Genossen

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

3. 4., 15 Uhr: Gedächtnistraining für pfiffige Senioren.

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

25. 3., 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10: Altes Testament und neues Recht. Vortrag von Dr. Roland Wötzel.

Cineding

Leipzig, Karl-Heine-Str.

COMMANDANTE – Porträt Fidel Castros. USA/ Spanien, O. m. dt. UT: **27. 3. – 6. 4., 22.30 Uhr;**

Die Band von nebenan: 1. und 2. 4., 22.30 Uhr

Into the wild: 1. – 6. 4., 20.15 Uhr

Tödliche Versprechen: 3. – 6. 4., 20.15 Uhr und 22.30 Uhr

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im April neu bei uns:

Hans Modrow: *In historischer Mission.* edition ost, 14,90 Euro

Hannes Sieberer, Hrsg., *Als Agent hinterm Eisernen Vorhang.* edition ost, 14,90 Euro

Ralph Hartmann: *Liquidatoren. Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland.* edition ost, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Kommt zum Ostermarsch 2008

Sonnabend, 22. März, 16 Uhr, Nikolaikirchhof

18 Uhr, Demo zum Neuen Rathaus mit Übergabe einer Bürger-Petition
 Aufrüstung und Militarisierung rauben uns die Mittel für Arbeit, Bildung und Soziales. Wir fordern: Abrüstung statt Sozialabbau, soziale Perspektiven statt Rekrutierung. Sozialabbau bereitet den Boden für den Faschismus.

Denkt um! – Setzt Zeichen! – Persönlich! – Geht auf die Straße! – Diese Kriege! – Nicht mit uns!
Wir Leipziger bestimmen wieder unsere Geschicke. Auch mit dem Bürgerentscheid gelang uns demokratische Mitsprache.
 www.LEIPZIG-GEGEN-KRIEG.de



Nix wie weg! Grad noch eine LN erwischt ...

Damit auch andere nicht leer ausgehen, sind wir sehr auf Ihre Hilfe angewiesen.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)
- Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug
 Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

Von Hasen und Gelegen

Will das Ei die Henne meistern?

Fragt Prospero in Shakespeares „Sturm“.



Jedem ein Ei, dem wackern Schweppermann zwei.

Nach der Schlacht von Mühldorf (im.Sept.1322) soll Ludwig der Bayer dieses Wort gebraucht haben, als zum Mahle nur Eier vorhanden waren.

Die geläufige Redewendung „MEIN NAME IST HASE“ hat ihren Ursprung in einer kuriosen Verhandlung vor dem Heidelberger Universitätsgericht.

1854 verhalf der Jurastudent Victor von Hase, einem Kommilitonen, der im Duell seinen Kontrahenten erschossen hatte, zur Flucht nach Frankreich, indem er ihm seine studentische Legitimationskarte hinterließ.

Der Flüchtige passierte den Schlagbaum und verlor verabredungsgemäß die Karte. Sie wurde gefunden und der Universität als verdächtig zugestellt und der rechtmäßige Besitzer wurde vorgeladen. Bei der Verfahrenseröffnung sagte der Befragte: „Mein Name ist Hase, ich verneine die Generalfragen, ich weiß von nichts“.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, wie und warum das Sein das Bewusstsein bestimmt, was es mit arg strapazierter revolutionärer Geduld auf sich hat, warum 10 000 Mark der DDR ein Vorzugspreis für einen Gebrauchten sind oder warum sich lange Tänzerinnenbeine einem spontanen Angebot, ums Karree gefahren zu werden, verweigerten – dies alles und noch viel mehr marxierend philosophische, tiefenpsychologische und realsozialistisch-ökonomische Blankowisheiten bietet ihnen das Eulenspiegelheftlein „Mein Trabi und ich“. Die Ergebnissbekundungen, politisch-ideologischen Treueschwüre und schlichten Liebeserklärungen stammen von Zweitaktexperten wie Matthias Biskupek, Ottokar Domma, John Steve. Dass eine Linkliste von Trabi-Clubs in dieses Werk gehört, versteht sich fast von selbst. • M. W.

Mein Trabi und ich. Geschichten. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2008. 94 S., 4,10 Euro.

Leipziger Silbenrätsel

a-al-au-al-al-berg-brehm-che-chen-chen-dörf-ei-ei-els-er-ge-gi-gra-kehl-ki-kir-lu-mot-nau-ner-nitz-or-reud-run-tel-teub-ter-then-ther-wald

Die Anfangsbuchstaben ergeben den Vor- und Familiennamen einer Leipziger Ärztin und Antifaschistin

- | | |
|---|-------|
| 1.) Leipziger Freund August Bebel | |
| 2.) Landwirtschaftsausstellung vor den Toren Leipzigs | |
| 3.) Leipziger Stadtteil im Osten | |
| 4.) Leipziger Verleger, gest. 1762 | |
| 5.) Leipziger Landschaftsschutzgebiet | |
| 6.) Leipziger Widerstandskämpfer, ermordet 4. 4. 1945 | |
| 7.) Leipziger Schlagerkomponist | |
| 8.) Leipziger Verleger, gest 1856 | |
| 9.) Leipziger Fluss | |
| 10.)Berühmter Zoologe, machte auch in Leipzig Station | |
| 11.)Kirche am Johanna-Park | |
| 12.)Im Jahre 1999 nach Leipzig eingemeindet | |
| 13.)Frühes Leipziger Siedlungsgebiet | |
| 14.)Sängerin, Ehrenmitglied der Leipziger Oper | |

Auflösung LN 4/08: Paunsdorf-Lüdeke-Engert-Industriepalast-Stelzenhaus-Straube-Engel-Neumarkt-Blüthner-Untergrundmessehaus-Rauchfuß-Geppert.
Lösungswort: **PLEISSENBURG**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

40 Prozent der eingezogenen Bundeswehrsoldaten sind zu dick oder zu unbeweglich. Der „Wehrbeauftragte“ in ARD 4. 3.

Wo ist eine Leidenschaft oder eine Idee, für die Angela Merkel eventuell die Kanzlerschaft offen würde? Mir fällt da nichts ein. Andrea Nahles (SPD) im RBB 4. 3.

In der Politik gehört die Tücke zu den klassischen Instrumentarien. Diskussion, Phönix 6. 3.

Die DDR-Kinderkrippe und die BRD-Kinderladenbewegung(...) mögen nichts gemeinsam haben, außer, dass sie den Druck von den Familien nehmen wollten. Aber verheerender ist der Erfolgsdruck, der heute auf Familien lastet, (...) um perfekte Kinder in die Welt zu schicken. WZ FREITAG 10/08 am 7. 3.

Ich glaube nicht, dass es in 100 Jahren noch Menschen auf diesem Planeten geben wird. Computerexperte Joseph Weizenbaum im DLF 9. 3.

Wir haben in diesem Land eine extreme Spannung zwischen der „Holzklasse“ und der „Platinklasse“. Uwe-Carsten Heye (SPD) im Presseclub der ARD am 9. 3.

„Deutschlands ehrlichste Politikerin“, so gekürt von Deutschlands ehrlichster Zeitung, der „Bild“, hat dafür gesorgt, dass Deutschlands ehrlichster Ministerpräsident vor der eiskalten Machtfrau Andrea Ypsilanti nicht weichen muss. ND, 11. 3.

Das Schlagwort „Geiz ist geil“ ist für mich der Slogan einer heruntergekommenen Gesellschaft. (...) Denn das gilt ja dann wohl auch für die Löhne. Erhard Eppler (SPD) bei „Maischberger“ ARD, 11. 3.

Experten schätzen, dass jährlich mehr als 100 000 Kinder unter 10 Jahren von ihren Eltern misshandelt oder vernachlässigt werden. Deutschland befindet sich damit offenbar im Erziehungsnotstand. Videotext ARD, 12. 3.

Hartz-IV ist die in Paragraphen gegessene Missachtung der Menschenwürde. Heiner Geißler (CDU) in ARD 16. 3.

Heute bekommen 6 Millionen Menschen Unterstützung vom Arbeitsamt, weil sie von ihrem Lohn nicht mehr leben können. Fritz Schösser (DGB) in ARD 16. 3. Entdeckt von • SIEGFRIED KAHL

Begriffsdeutung

Geheimdienste: Organisationen, an deren Diensten alles geheim ist, außer dem Nutzen, den sie nicht haben.

Gerechtigkeit: sagenumwobenes Phänomen, das, seitdem es seinen Lauf nahm, nicht mehr gesehen ward.

Herrschaftswissen: Wissen, von dem diejenigen beherrscht werden, die es zu besitzen glauben.

• REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. März 2008
Die nächste Ausgabe erscheint am 4. April 2008

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40